

21. Sitzung

am Dienstag, dem 17. Februar 2009

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	900
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	900

Fragestunde

- 1. Verkehrsbehinderungen an der Findorffallee aufgrund bestehender Kanalarbeiten**
Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Focke, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 20. Januar 2009 900
- 2. Schließung des Brilltunnels im Falle des Scheiterns der Gespräche über eine Diskothekennutzung**
Anfrage der Abgeordneten Focke, Strohmann, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 20. Januar 2009 901
- 3. Nutzung der Außenfassade öffentlicher Gebäude für Werbezwecke**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Woltemath
und Fraktion der FDP vom 26. Januar 2009 902
- 4. Anerkennungspraktika für das Berufsfeld Sozialarbeit in der Drogenhilfe**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Dr. Buhlert, Woltemath
und Fraktion der FDP vom 26. Januar 2009 903
- 5. Eingliederung des Ortsteils Überseestadt in den Stadtteil Walle**
Anfrage der Abgeordneten Pohlmann, Dr. Sieling
und Fraktion der SPD vom 27. Januar 2009 905
- 6. Sanierung des Fly-over/BAB-Zubringer Überseestadt**
Anfrage der Abgeordneten Pohlmann, Dr. Sieling
und Fraktion der SPD vom 27. Januar 2009 906

7. Sicherung des Geländes des ehemaligen Krankenhauses Sebaldsbrück
 Anfrage der Abgeordneten Dennhardt, Dr. Sieling
 und Fraktion der SPD vom 29. Januar 2009 907

8. Besorgniserregende Entwicklungen im Bereich der Kindertagespflege
 Anfrage der Abgeordneten Bartels, Frau Ahrens, Strohmann, Röwekamp
 und Fraktion der CDU vom 6. Februar 2009 909

9. Situation im Standesamt
 Anfrage der Abgeordneten Hinners, Röwekamp
 und Fraktion der CDU vom 11. Februar 2009 911

Aktuelle Stunde 913

Wohnungszustände und soziale Lage in der Stadtgemeinde Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
 vom 15. Oktober 2008
 (Drucksache 17/242 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2009

(Drucksache 17/279 S)

Abg. Frau Nitz (DIE LINKE) 913
 Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen) 914
 Abg. Pohlmann (SPD) 915
 Abg. Bartels (CDU) 916
 Abg. Richter (FDP) 917
 Abg. Frau Nitz (DIE LINKE) 919
 Abg. Frau Garling (SPD) 919
 Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen) 921
 Abg. Richter (FDP) 922
 Senator Dr. Loske 923

Erhalt des Freibades Blumenthal sichern

Antrag der Fraktion DIE LINKE
 vom 15. Januar 2009
 (Drucksache 17/276 S)

Perspektive für Freibad Blumenthal schaffen

Antrag der Fraktion der FDP
 vom 3. Februar 2009
 (Drucksache 17/277 S)

Blumenthaler Freibad erhalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
 vom 17. Februar 2009
 (Drucksache 17/282 S)

Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)	925
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	926
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	926
Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD)	928
Abg. Bartels (CDU)	929
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	930
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	931
Senator Mäurer	931
Abstimmung	932

Gedenken an die Bremer Räterepublik: Denkmäler bewahren

Antrag der Fraktion DIE LINKE
 vom 10. Februar 2009
 (Drucksache 17/280 S)

Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)	933
Abg. Senkal (SPD)	934
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	934
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	935
Abg. Frau Motschmann (CDU)	936
Abg. Frau Ziegert (SPD)	937
Abg. Frau Motschmann (CDU)	938
Staatsrätin Emigholz	938
Abstimmung	939

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 19

vom 10. Februar 2009

(Drucksache 17/281 S)	940
-----------------------------	-----

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Focke, Frau Stahmann.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes**
Vizepräsident Ravens**Schritfführerin Cakici**
Schritfführerin Marken

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Schulte** (Senatskanzlei)

Staatsrätin **Buse** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 21. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Blumenthaler Freibad erhalten, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 17. Februar 2009, Drucksache 17/282 S.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer mit der dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit den bereits miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten 4 und 5 zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Dann können wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Bebauungsplan 2365 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Pastorenweg, Luchtbergstraße, Dockstraße und dem Grundstück der Kindertagesstätte Pastorenweg 110 Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2009 (Drucksache 17/283 S)
2. Bebauungsplan 2395 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe östlich Robert-Hooke-Straße und nördlich Linzer Straße Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2009 (Drucksache 17/284 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der März-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Januar 2009 Dazu Antwort des Senats vom 3. Februar 2009 (Drucksache 17/278 S)
2. Situation des Tierheims Bremen Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 10. Februar 2009

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Verbindung des Tagesordnungspunktes 3, es handelt sich hierbei um den Erhalt des Freibads Blumenthal, mit dem Tagesordnungspunkt 4, ebenfalls Perspektive für das Freibad Blumenthal. Des Weiteren wurden Vereinbarungen getroffen zu Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit diesen interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Verkehrsbehinderungen an der Findorffallee aufgrund bestehender Kanalarbeiten**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Strohmann, Focke, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Strohmann!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Haben sich bei den Kanalarbeiten im Kreuzungsbereich Findorffallee/Eickedorfer Straße/Hollerallee bislang Verzögerungen ergeben?

Zweitens: Wie lange werden die Arbeiten und die damit verbundenen Verkehrsbehinderungen voraussichtlich noch andauern?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um eine kurzfristige Verbesserung der Verkehrssituation im betroffenen Gebiet zu erreichen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es haben sich bei den Kanalarbeiten bislang keine Verzögerungen ergeben. Nachdem im September 2008 festgestellt wurde, dass die Kanalbauwerksdecke akut einsturzgefährdet ist, wurde die Fahrbahn oberhalb des Bauwerks für schwere Lastkraftwagen gesperrt. Zugleich wurde die Planung, Ausschreibung und die Vergabe für einen Neubau des unterirdischen Kanalbauwerks begonnen.

Zu Frage 2: Die Arbeiten werden bis Ende August 2009 andauern. Eine Umleitung ist für die Verkehre in Richtung Bürgerpark und Weidedamm ausgeschrieben.

Zu Frage 3: Die Signalanlage im Kreuzungsbereich ist an die geänderten Verkehrsströme angepasst worden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Senator, Sie haben ja soeben noch einmal den Zeitablauf genannt. Halten Sie ihn für relativ kurz, oder ist er normal? Gefühlt ist er ja ohnehin länger, als er eigentlich ist, aber tatsächlich ist er doch ein langer Zeitraum! Könnte es nicht schneller gehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das Gebäude ist aus dem Jahre 1895, und dass es überhaupt in einen solchen Zustand geraten konnte, ist in der Tat schon sehr bedauerlich. Wir hatten es mit einem akuten Problem zu tun, deswegen muss-

ten wir akut und schnell handeln. Das haben wir getan, und deshalb haben wir die Sperrung vorgenommen, und die Ausschreibungen sind erfolgt. Insofern halte ich den Zeitraum, den es jetzt dauert, für angemessen, zumal nach unserer Auffassung bislang - dies ist ja auch meine Antwort - keine signifikanten Verkehrsstörungen vorgelegen haben.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Busch! - Bitte!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Herr Senator, wenn man der Presse glauben kann, ist der Kelch ja gerade an uns vorübergegangen. Da das Gebäude, wie sich herausgestellt hat, extrem einsturzgefährdet ist, hätte es auch ganz anders ausgehen können. Die Überprüfung findet alle zehn Jahre statt, und nun hat die Überprüfung so stattgefunden, dass, Gott sei Dank, noch nichts passiert war. Muss man daraus die Konsequenz ziehen, dass solche Bauwerke öfter als alle zehn Jahre überprüft werden müssen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das müsste man mit den Fachleuten genauer besprechen, aber grundsätzlich ist die Beobachtung natürlich wichtig. Dort, wo die Gebäude sehr alt sind - ich habe ja gerade von dem Bauwerk gesprochen, das aus dem Jahre 1895 stammt -, muss vielleicht die Beobachtungs- oder Überprüfungsintensität gesteigert werden. Das würde ich gern mit den Baufachleuten näher besprechen, aber grundsätzlich ist die Frage natürlich berechtigt.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Schließung des Brilltunnels im Falle des Scheiterns der Gespräche über eine Diskothekennutzung**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Focke, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Strohmann!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Auskünfte kann der Senat zu den gegenwärtigen Gesprächen hinsichtlich einer Nutzung des Fußgängertunnels unter der

Brillkreuzung als eine an den ehemaligen „Beat-Club“ angelehnte Diskothek geben?

Zweitens: Bis wann will der Senat eine vollständige Schließung des Brilltunnels realisieren, wenn die Gespräche über eine weitere Nutzung bis Ende Februar zu keinem Ergebnis führen sollten?

Drittens: Welche Gespräche wurden diesbezüglich mit den an dieser Fragestellung besonders interessierten gewerblichen Akteuren, insbesondere den neuen Nutzern des „Brillissimo“ und der Standortgemeinschaft Stephani, geführt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Dezember 2008 hat ein Gastronom eine konkrete Interessenbekundung zum Ausbau und Betrieb des Brilltunnels als Clubdiskothek abgegeben. Dazu hat der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa in mehreren Gesprächen mit Vertretern Radio Bremens sowie der Gastronomen ein Nutzungskonzept entwickelt. Zurzeit wird dazu durch einen vom Gastronomen beauftragten Architekten die Investitionssumme für notwendige Innenausbaumaßnahmen ermittelt. Der Gastronom hat betont, dass er seine Entscheidung nicht zuletzt von der Höhe der zu tätigen Investition abhängig machen wird. Eine Entscheidung wird innerhalb der Frist bis Ende Februar erwartet.

Zu Frage 2: Mit baulichen Maßnahmen zur Schließung des Brilltunnels kann erst nach Abschluss des Entwidmungsverfahrens begonnen werden. Aufgrund von Einsprüchen zeichnet sich schon jetzt ab, dass bauliche Maßnahmen zur Schließung des Brilltunnels nicht kurzfristig umgesetzt werden können.

Zu Frage 3: Hinsichtlich der Schließung des Brilltunnels und der Aufwertung der Brillkreuzung sind mehrere Gespräche im letzten Quartal 2008 mit Vertretern und Nutzern des „Brillissimo“ sowie den Akteuren der Standortgemeinschaft Stephani, unter anderem der Cityinitiative und der Architektenkammer, geführt worden. Ende Februar 2009 steht ein weiteres Gespräch mit der Standortgemeinschaft Stephani zur Aufwertung der Brillkreuzung an. In dieses Gespräch wird der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa auch Möglichkeiten

zur städtebaulichen Aufwertung der Brillkreuzung einbringen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Nutzung der Außenfassaden öffentlicher Gebäude für Werbezwecke**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Möllenstädt!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, dass an der Außenfassade des Klinikums Bremen-Mitte an der St.-Jürgen-Straße seit mehreren Monaten ein großformatiges Banner zum Zweck gewerkschaftlicher politischer Werbung angebracht ist?

Zweitens: Erfolgt die Überlassung dieser Werbefläche durch die Klinikum Bremen-Mitte gGmbH unentgeltlich oder gegen Entgelt?

Drittens: Inwiefern ist das Ertragspotenzial einer systematischen Vermarktung geeigneter Flächen an den Außenfassaden öffentlicher Gebäude in Bremen zum Zweck der Werbung mit Plakaten, Bannern oder Reklametafeln bisher geprüft worden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Dem Senat ist bekannt, dass an der Fassade des Klinikums Bremen-Mitte ein Banner mit dem Motto „Der Deckel muss weg“ angebracht ist. Dieses Banner dient nicht zu einer gewerkschaftlichen politischen Werbung, sondern steht für eine in 2008 bundesweit organisierte Kampagne gegen die Unterfinanzierung der Krankenhäuser. Im Rahmen dieser Kampagne wurden entsprechende Banner und Transparente ausgehängt, um der Forderung Raum zu geben, die Deckelung des Budgets aufzuheben und damit eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Krankenhäuser zu erreichen. Mitglieder im sogenannten Kam-

pagenrat waren unter anderem der Deutsche Städtetag, der Marburger Bund und ver.di.

Zu Frage 2: Wie in der Antwort zu Frage 1 ausgeführt, handelt es sich nicht um die Überlassung einer Fassadenfläche zu Werbezwecken, sondern der Aushang ist Teil einer von dem Klinikum Bremen-Mitte und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemeinsam mitgetragenen bundesweiten Aktion. Die Überlassung der Fläche seitens des Klinikums Bremen-Mitte erfolgte insofern unentgeltlich, der Banner wurde ebenfalls unentgeltlich von ver.di zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 3: In der Regel steht die Zweckbestimmung und der Gemeingebrauch von öffentlichen Gebäuden dem Aushang von Wirtschaftswerbung entgegen. Insofern erfolgte bisher auch keine Prüfung eines möglichen wirtschaftlichen Ertragspotentials. Hiervon losgelöst hat der Senat im November 2008 beschlossen, den bisherigen Vertrag über die Konzession für ein exklusives Werberecht auf öffentlichen Flächen zu überarbeiten und neu zu vergeben. Der Senat verbindet damit insbesondere auch die Zielsetzung einer Steigerung der Einnahmen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Ist dem Senat bekannt, inwiefern es in der Vergangenheit konkrete Anfragen von Wirtschaftsunternehmen beziehungsweise von Non-Profit-Organisationen an den Senat beziehungsweise bremische Gesellschaften gegeben hat, die die Nutzung von Außenfassaden öffentlicher Gebäude für Werbezwecke begehren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Mir ist es insgesamt nicht bekannt, Ihre Frage zielte ja insbesondere auf das Klinikum Bremen-Mitte ab. Ansonsten ist es ein Bereich, der - wie ich es auch ausgeführt habe - neu überprüft wird. Mir ist nicht bekannt, dass es dort Anfragen gegeben hat.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Unbeschadet der Tatsache, dass sich unterschiedliche Flächen von Außenfassaden natürlich in unterschiedlichem Maße zur Verwendung für Werbezwecke eignen, würde ich gern wissen, ob der Senat

gedenkt, in Zukunft dieses Ertragspotenzial in stärkerem Maße zu erschließen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich darf noch einmal auf die Antwort der Frage 3 hinweisen. Der Senat hat sich im November damit beschäftigt und will dazu unter Einbeziehung aller notwendigen Prüfungen ein Konzept vorlegen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Eine letzte! Bis wann können wir mit einer Information über die Inhalte dieses Konzepts und eventuelle zusätzliche Ertragspotenziale in dem Bereich rechnen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, da es nicht in meinen Bereich fällt. Es wurde im Senat im November angesprochen. Es bedarf, soweit mir bekannt, einer Reihe von rechtlichen Prüfungen. Ich gehe davon aus, dass es auch in den entsprechenden Deputationen Gegenstand von Vorberatung und Information sein wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Anerkennungspraktika für das Berufsfeld Sozialarbeit in der Drogenhilfe**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Dr. Buhler, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Möllenstädt!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Organisationen bieten Anerkennungspraktika im Berufsfeld der Sozialarbeit in der Drogenhilfe in der Stadtgemeinde Bremen an, und wie schätzt der Senat deren Eignung für diese Tätigkeit ein?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat den Bedarf und das Angebot an sozialarbeiterischen Anerkennungspraktika in der Drogenhilfe in der Stadtgemeinde Bremen?

Drittens: Wie kann ein qualitativ hochwertiges Angebot an Praktikumsplätzen für die ange-

sprochenen Praktika in der Drogenhilfe in der Stadtgemeinde Bremen zukünftig abgesichert werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Nach der geltenden sogenannten Ordnung zur staatlichen Anerkennung der Sozialpädagoginnen/Sozialarbeiterinnen im Lande Bremen ist ein einjähriges Berufspraktikum zu absolvieren, das im Rahmen der vom Berufsbildungsgesetz bestimmten Regelungen tariflich zu vergüten ist. Ausbildungsplätze haben bestimmte qualitative Ansprüche zu erfüllen und werden von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zugelassen.

Für Praktikumsplätze in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes nimmt die Senatorin für Finanzen die Funktion des Anstellungsträgers wahr und trägt die Praktikantenvergütungen. Die im öffentlichen Bereich eingesetzten Praktikanten werden den entsprechenden Dienststellen zugewiesen, die die Ausbildungsaufgabe wahrnehmen. Freie Träger bieten ebenfalls Plätze für das Anerkennungsjahr an. Sie zahlen die Praktikantenvergütung aus eigenen Mitteln.

Zu Frage 1: Zurzeit befindet sich je ein Praktikant beziehungsweise eine Praktikantin auf zugelassenen Plätzen für das Anerkennungspraktikum beim Diakonischen Werk Osterholz-Scharmbeck und bei der Drogenberatungsstelle Bremen-Nord. Außerdem wird zurzeit ein Praktikumsplatz durch das Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Mitte, im Verbund mit dem Kontakt- und Beratungszentrum Comeback GmbH angeboten.

Zu Frage 2: Es liegen dem Senat keine Informationen darüber vor, in welchem Umfang seitens der Praktikantinnen und Praktikanten ein Anerkennungsjahr bei Trägern der Drogenhilfe im Lande Bremen nachgefragt wird. Daher kann nicht beurteilt werden, ob das in Bremen und Bremerhaven von den Trägern der Drogenhilfe angebotene Platzangebot hierfür ausreicht.

Zu Frage 3: Ein qualitativ hochwertiges Angebot an Praktikumsplätzen für das Anerkennungsjahr erfordert die Gewährleistung der in der Anerkennungsordnung bestimmten Qualitäten der Anleitung sowie die Zahlung eines ta-

riflichen Praktikumsentgeltes. Plätze können bei Trägern der Drogenhilfe zugelassen werden, wenn diese beide Bedingungen erfüllen. Bei freien Trägern setzt das voraus, dass sie den anteiligen bedarfsdeckenden Einsatz von Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten mit ihren Zuwendungsanträgen begründen und bewilligt erhalten - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Möllenstädt, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Die Zahl von, ich glaube, insgesamt drei Praktikumsplätzen ist ja nun keine exorbitant hohe Zahl, deshalb meine Nachfrage: Ist Ihnen die Entscheidung der Senatorin für Finanzen bekannt, dass der Drogenhilfeträger Comeback GmbH und die Ambulante Drogenhilfe Bremen gGmbH, an die die Kommune die Aufgabe der Drogenhilfe ab dem Jahr 2005 übertragen hat, ab dem Einstellungsjahr 2009 Anerkennungspraktikantinnen selbst einstellen und finanzieren sollen, was nach Einschätzung der beiden Träger aus den gewährten Zuwendungen derzeit nicht möglich ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja, das ist mir bekannt.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Ich wüsste gern, ob Sie bereit wären, eingedenk auch der Antwort, die Sie uns gegeben haben, aus der ich geschlussfolgert habe, dass es Bestandteil des Zuwendungsantrages sein muss, dass solch ein Anerkennungspraktikum durchgeführt und auch finanziert wird, nochmals auf die Kollegin, die Senatorin für Finanzen, zuzugehen, um zu überprüfen, ob diese Entscheidung, dass bereits im Rahmen der jetzigen Finanzierung Anerkennungspraktika aus den Mitteln der Träger selbst zu finanzieren sind, noch einmal auf ihre Sachgerechtigkeit überprüft wird.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Zunächst einmal haben wir einen Grundsatz, den wir so auch entschieden haben, dass für die Berufspraktikantinnen und -praktikanten der Einstellungs-träger, hier die Senatorin für Finanzen, entscheidet und die Einstellung vornimmt. Deswegen ist es, glaube ich, wichtig, das noch einmal zu reflektieren, was hier auch in der Antwort ge-

standen hat, dass der Berufspraktikant, der bei der Comeback GmbH zurzeit eingesetzt wird, zurzeit über einen Praktikumsplatz aus dem Amt für Soziale Dienste dort hingegeben worden ist, um sich die notwendige Berufserfahrung anzueignen. Darüber hinaus müsste im Falle weiterer Berufspraktikanten dieses Bestandteil eines Antrages sein.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Eingliederung des Ortsteils Überseestadt in den Stadtteil Walle**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pohlmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Pohlmann!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Schritte sind bisher - wie im Frühjahr 2008 von der Stadtbürgerschaft mit der Drucksachen-Nummer 17/82 S beschlossen - zur Eingliederung des Ortsteils Überseestadt in den Stadtteil Walle erfolgt?

Zweitens: Kann der Senat gewährleisten, dass der Wahlbezirk „Handelshäfen“ zur Europawahl bereits als Wahlbezirk „Überseestadt“ bezeichnet wird, und falls nicht, was sind dafür die Gründe?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Schulte.

Staatsrat Schulte: Herr Präsident, Herr Abgeordneter! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bisher beabsichtigte der Senat, die Eingliederung des Ortsteils Überseestadt in den Stadtteil Walle zusammen mit der Neufassung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter der Bürgerschaft vorzulegen.

Die gewollte breite Diskussion über die Neufassung dieses Gesetzes auf der Basis der Koalitionsvereinbarung nahm aber mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich geplant.

Aus diesem Grund wird der Senat der Stadtbürgerschaft zu den Sitzungstagen im März einen Ortsgesetzesentwurf zur Änderung der stadtbremischen Verwaltungsbezirke vorlegen,

in dem der Ortsteil Überseestadt in den Stadtteil Walle eingegliedert wird.

Zu Frage 2: Der Senat weist darauf hin, dass die Wahlbezirke selbst keine geografischen Bezeichnungen tragen, sie werden allein numerisch bestimmt. Zur Darstellung der Wahlergebnisse werden allerdings Zwischensummen in der Gliederung nach Ortsteilen, Stadtteilen und Stadtbezirken gebildet. Dort wird nach entsprechender Beschlussfassung durch die Stadtbürgerschaft die Bezeichnung „Überseestadt“ verwendet werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Pohlmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Staatsrat, ich hätte noch eine Frage. Ich weiß jetzt nicht, ob ich das eben richtig verstanden habe, auch als Parlamentarier, der Mitglied im Parlamentsausschuss „Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten“ ist: War es von meiner Seite ein Missverständnis, dass schon in der März-Sitzung der Bremischen Bürgerschaft die Neufassung des Beirätegesetzes diskutiert werden soll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Schulte: Sie kann nicht diskutiert werden, denn es gibt ja noch keinen Senatsbeschluss über das Beirätegesetz. Ich will den Stand zum Beirätegesetz gern noch einmal in Erinnerung rufen: Wir haben im Juni/Juli einen Referentenentwurf vorgelegt. Diesen Referentenentwurf haben wir dann zu einer ganz breiten Diskussion in die Beiräte und Ortsämter und auch in die Diskussion in den Parlamentsausschuss gegeben. Diese Diskussion war ursprünglich vorgesehen bis zum 15. Oktober, dann war vonseiten der Beiräte gebeten worden, die Frist noch einmal zu verlängern, und zwar bis zum 15. November.

Wir haben von allen Beiräten - ich glaube, das ist auch allgemein bekannt, dass es eine sehr intensive Diskussion über dieses Gesetz gegeben hat - ausführliche Stellungnahmen bekommen und diese sehr detailliert abgearbeitet. Sicherlich konnten wir nicht allen entsprechen, aber wir haben uns wirklich sehr viel Mühe damit gemacht, diese Stellungnahmen abzuarbeiten. Jetzt gibt es einen überarbeiteten Entwurf, der zurzeit in der Ressortabstimmung seit Mitte Februar ist. In dieser Woche wird die Frist ablaufen, sodass ich davon ausgehe, dass wir im Frühjahr auch die Senatsfassung haben werden und dann zu einer Be-

ratung im Parlament kommen werden. Sicherlich ein sehr langes Verfahren, aber - deswegen habe ich eben das Wort „gewollt“ auch noch einmal betont - wir haben solch eine breite und intensive Diskussion gewollt, und dann wird ein so breit diskutierter Gesetzesentwurf in das Parlament kommen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Noch einmal eine Nachfrage, Herr Staatsrat: Aus diesen von Ihnen eben genannten Gründen, was ich auch persönlich sehr teile, dass wir einen breiten Diskussionsprozess, gerade auch über die Neuaufstellung in unserem Beirats- und auch Bürgerbeteiligungswesen bekommen, habe ich es aber dann richtig verstanden, werden Sie jetzt kurzfristig in der nächsten Sitzung im März hier ein Ortsgesetz vorlegen, mit dem diese verwaltungsmäßige Abgrenzung oder Neuaufstellung vorgelegt wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Schulte: Ja, Sie haben mich da richtig verstanden, ein Ortsgesetz, das nur dieses Element enthält und insofern abgekoppelt ist von dem Beiratsgesetz insgesamt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Sanierung des Fly-over/BAB-Zubringer Überseestadt**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pohlmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Pohlmann!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welcher Zeitrahmen ist für die Baustelle zur Sanierung des Fly-over im Zuge des BAB-Zubringers Überseestadt vorgesehen?

Zweitens: Wann werden Gremien und Öffentlichkeit über das Umleitungskonzept während der Bauzeit informiert?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Bauzeit am Fly-over für einen Probeauflauf zur Optimierung der Verkehrsführung im Utbremer Kreisel zu nutzen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es ist geplant, die Sanierung des Fly-over in den Sommerferien 2009, also in der Zeit vom 25. Juni bis 5. August, durchzuführen. Erfahrungsgemäß ist in dieser Zeit die Verkehrsbelastung deutlich geringer. Alle erforderlichen Arbeiten werden unter Vollsperrung der Brücke abgewickelt.

Zu Frage 2: Das Amt für Straßen und Verkehr will die Deputation für Bau und Verkehr im April 2009 in einem Bericht der Verwaltung über den geplanten Bauablauf informieren.

Die Öffentlichkeit soll mit einem angemessenen Vorlauf durch entsprechende Presseberichte informiert werden.

Zu Frage 3: Die Steuerung der Lichtsignalanlage im Utbremer Kreisel ist weitestgehend optimiert. Kleinere signaltechnische Ergänzungen und Verbesserungen sind im Rahmen des Ausbaus des Zubringers Überseestadt - B 6 - im Jahr 2008 beauftragt worden und werden in Kürze umgesetzt.

Im Zuge der Vollsperrung des Fly-over im Sommer 2009 können die Verkehrsmengen nur eingeschränkt abgewickelt werden. Behinderungen für den Rad- und Fußgängerverkehr sind bei der Querung des Utbremer Kreisels sowie der Nebenrichtungen Osterfeuerberger Ring und Utbremer Ring zu erwarten. Entsprechend der sich tatsächlich darstellenden Verkehrsbelastungen während der Bauzeit werden fortlaufende Feineinstellungen der Lichtsignalphasen durchgeführt.

Um den Rückstau im Osterfeuerberger Ring zu verringern ist zudem beabsichtigt, für eine begrenzte Zeitdauer die Fahrstreifen im Bereich zwischen der Einmündung Osterfeuerberger Ring und B 6 in Fahrtrichtung Zentrum/Häfen auf einer Länge von 40 bis 50 Metern von zwei auf drei Fahrstreifen zu erweitern. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Pohlmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Einmal zu der Frage Information der Öffentlichkeit, das ist eine sehr wichtige Aufgabe des Bauressorts und aller betroffenen Ressorts, um eben auch Akzeptanz für diese mit Sicherheit, das haben Sie ja auch geschildert, Einschnitte zu erzielen, die natürlich in solch einer Umbauphase eintreten,

man kann es sich vorstellen, wer den Fly-over oder überhaupt die Abwicklung dieser Verkehrsströme in diesem wichtigen Bereich kennt. Deshalb noch einmal die Frage: Ich glaube, es wäre nicht nur notwendig, die Presse zu informieren, sondern ein wichtiger Punkt wäre auch, mit dem Ortsamt West, und das betrifft ja die Stadtteilbeiräte, die Bereiche Walle und auch Findorff, zu einem breiten Beteiligungs- und Informationsverfahren zu kommen. Ich erinnere daran, dass wir natürlich zurzeit gerade in der Neustadt auch viele Diskussionen über die Frage haben, wie man die Bevölkerung informiert. Können Sie sich neben der Presseberichterstattung auch noch ein Zugehen auf diese Kommunalparlamente vorstellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator Dr. Loske!

Senator Dr. Loske: Die Auskunft, die ich von den Mitarbeitern des Amtes für Straßen und Verkehr habe, ist, dass sie sehr viel in Beiräten sind, aber da scheint es ja, wie ich der Presse entnehmen durfte, in einem Fall dazu gekommen zu sein, dass ein Mitarbeiter des ASV, der eingeladen war, nicht erschienen ist. Ich habe das gelesen, was dazu gesagt worden ist. Wir bemühen uns natürlich immer darum, die Beiräte und die Ortsämter so umfassend wie möglich einzubeziehen, aber ich bin gern bereit, das noch einmal dem ASV bei dieser besonders delikaten Baumaßnahme, wo es mit Sicherheit zu Staus kommen wird, zu vermitteln, das sage ich zu.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Eine ganz wichtige noch einmal! Ich finde es außerordentlich positiv, dass sich hier das Bauressort auch schon Gedanken im Vorfeld macht, wie wir denn während dieser Bauzeit das erhöhte Verkehrsaufkommen besser abwickeln können. Sehe ich es richtig, dass gerade die dritte Spur Richtung B 6 in dem Bereich Innenstadt, was Sie gesagt haben, auch schon im Vorfeld dieser Baumaßnahme frühzeitig mit in Angriff genommen wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator Dr. Loske!

Senator Dr. Loske: Ja, für einen vorübergehenden Zeitraum, wir sind ja im Osterfeuerberger Ring eigentlich eher dabei, wir beiden und andere, dort eine Beruhigung hineinzubekommen! Es ist bekannt, was da auch vom Beirat

gewünscht wird. Insofern handelt es sich um eine temporäre Maßnahme, aber für den Zeitraum des Baus brauchen wir diese Weitung auf drei Fahrspuren, damit wir eben nicht so starke Rückstauungen haben.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Sicherung des Geländes des ehemaligen Krankenhauses Sebaldsbrück**“. Diese Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dennhardt, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Dennhardt!

Abg. **Dennhardt** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Aus welchem Grund ist das vor mehreren Jahren von der Stadt an einen privaten Investor verkaufte Grundstück immer noch nicht mit Wohnungen bebaut und als Grünanlage für den Stadtteil geöffnet?

Zweitens: Welche Auflagen hat die Stadt dem derzeitigen Eigentümer zur Grundstücks- und Gebäudesicherung im Zusammenhang mit dem Verkauf gemacht?

Drittens: Wie viele Feuerwehr- und andere Noteinsätze hat es seit Ende 2006 auf dem Grundstück gegeben, und wie will der Senat sicherstellen, dass der private Eigentümer das Grundstück künftig vor Verwahrlosung schützt und so sichert, dass es keine Gefahrenquelle für die Allgemeinheit darstellt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Mit Kaufvertrag vom 1. Dezember 2006 ist das Grundstück Saarburger Straße 50 bis 56 verkauft worden. Die Lieferung des Grundstücks an die Investoren erfolgte aber erst am 22. Juni 2007, da erst zu diesem Zeitpunkt das Grundstück von dem früheren Eigentümer an die Stadtgemeinde zurückgegeben wurde. Zwischen den Investoren und dem ASV wurde Anfang 2008 ein Erschließungsvertrag abgeschlossen. In diesem verpflichtet sich der Investor neben der Erstellung von Straßen- und Wegeflächen auch zur Erstellung einer Grünanlage. Nach Beginn der geplanten Bebauung wird auch mit der Erstellung der Grün-

anlage begonnen und diese nach Fertigstellung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Investoren gehen derzeit von einem Baubeginn Ende des zweiten Quartals 2009 aus.

Zu Frage 2: Im Kaufvertrag ist eine Regelung enthalten, nach der die notwendige Verkehrssicherungspflicht ab dem Lieferdatum, also Juni 2007, auf die Erwerber übergegangen ist.

Zu Frage 3: Feuerwehr – und andere Noteinsätze hat es erst seit Oktober 2008, insgesamt zehn Einsätze, gegeben. Auf Veranlassung der Bauaufsichtsbehörde hat der Eigentümer die fehlende Einfriedung überwiegend instandgesetzt und zudem einen Sicherheitsdienst langfristig für einen mehrmals täglich stattfindenden Revierwachdienst beauftragt. Restarbeiten an der Zaunanlage sind noch erforderlich. Die Instandsetzung und -haltung der Einfriedung wird von der Bauaufsicht routinemäßig kontrolliert. Weitergehende Maßnahmen, zum Beispiel Zwangsgeldfestsetzung und Ersatzvornahme für die Zaunanlage beziehungsweise weitergehende Verfügung über Schließungsmaßnahmen an den Gebäuden, bleiben seitens der Bauaufsicht vorbehalten, sollte es zu erneuten Vorfällen kommen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dennhardt, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dennhardt** (SPD): Zu Ihrer Antwort auf Frage 2: Sieht der Vertrag konkretere Verpflichtungen für den Käufer vor als die Übernahme der Verkehrssicherungspflicht, und welche Sanktionen bei Nichteinhaltung wurden vertraglich vereinbart?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Die Verkehrssicherungspflicht haben Sie schon angesprochen. Wenn sich jemand daran nicht hält, dann kann die Bauaufsichtsbehörde auch mit rabiatischen Methoden tätig werden. Im Vertrag wurde weiterhin die Straßenreinigungspflicht geregelt sowie die Zahlung öffentlicher Abgaben und die Zahlung der Grundsteuer. Außerdem hat die Stadtgemeinde Bremen ein Rücktrittsrecht beziehungsweise ein Schadensersatzrecht wegen Nichterfüllung, insofern der Käufer seine Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Präsident Weber: Herr Kollege Dennhardt, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dennhardt** (SPD): Was das Rücktrittsrecht angeht, ist das bisher vom Senat angesichts der Entwicklungen dort erwogen worden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Nein, soweit ich weiß, nicht. Das ist ja eine Immobilie - ich sage, Eingeweihte kennen die -, die uns mehrmals im Haushaltsausschuss beschäftigt hat. Davor gab es einen Besitzer, der auch bauen wollte, und bei dem wir dann von unserem Rücktrittsrecht Gebrauch gemacht haben und eben an den neuen Investor verkauft haben, weil da jahrelang nichts passiert ist und ein Teil der Schäden auch schon aus dieser Zeit stammen. Wir sind im Gespräch mit denen. Das geht zumindest aus der Antwort des Senats hervor, dass der Investor gesagt hat, im zweiten Quartal 2009 kann es losgehen. Das Rücktrittsrecht ist nur das letzte Mittel. Ich finde, vorher versuchen wir einmal hinzubekommen, dass die auch da bauen. Aber natürlich, wenn das wieder ewig nicht vorangeht - ich kann es auch verstehen, im Stadtteil herrscht großer Ärger darüber, dass das schon so viele Jahre dauert -, dann behalten wir uns das natürlich als letztes Mittel vor. Das ist ja klar!

Präsident Weber: Herr Dennhardt, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dennhardt** (SPD): Wie wird der Senat für zukünftige Grundstücks- und Gebäudeverkäufe Fragen der Verkehrssicherungspflicht und der Auswirkungen auf die Stadtentwicklung rechtlich regeln und die Durchsetzung dieser Regelungen sicherstellen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Wir haben Standardverträge, in denen immer die Sicherungspflicht auf den Käufer übergeht, wenn er das Gebäude in Besitz nimmt, und wir haben, glaube ich, kein Problem, was den Vertragstext betrifft, sondern es ist eher die Frage, ob wir das regelmäßig kontrollieren oder ob wir mit der Bauaufsicht nachkommen, wenn sich Hinweise häufen, dass jemand sein Grundstück nicht ordentlich einzäunt. Aber ich glaube, an den Verträgen liegt das nicht. Es gab eine Vertragsgrundlage, dass die Sicherungspflicht auf den Investor übergegangen ist. Das haben wir in der Vergangenheit so gemacht, werden wir in der Zukunft natürlich auch so machen. Aber wir sind natürlich auch auf Hinweise angewiesen, dass Anwohner dann sagen: Da kann man hineinklettern, und da wird Unwesen ge-

trieben in dem Gebäude, was ja schon wohl längere Zeit der Fall gewesen ist.

Präsident Weber: Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Richter! - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Habe ich Sie richtig verstanden, dass der Senat überlegt, gegebenenfalls entstandene Kosten weiterzugeben? Ich habe die Frage: Welche Kosten sind bisher durch den Einsatz, durch den Vandalismus auf diesem Grundstück entstanden, und wieso überlegen Sie nur und geben nicht weiter?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ich habe nicht gesagt, dass wir entstandene Kosten weitergeben. Darüber weiß ich nichts, ob der Eigentümer dafür haftbar gemacht wird. Es gibt dafür eine Rechtsgrundlage. Ob die in diesem Fall erfüllt ist, das weiß ich nicht, aber wir können das gern prüfen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Auch wenn erst im letzten Jahr der Vandalismus auf dem Grundstück begonnen hat, hat man geprüft, ob es eventuell die Möglichkeit einer Abrissverfügung gegenüber den Eigentümern gibt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, es gibt die Rechtsgrundlage für eine Abrissverfügung, aber ich habe schon Herrn Dennhardt gesagt, dass wir, ehe wir die ganz große Keule herausholen, lieber versuchen, in Gesprächen weiterzukommen. Die Auskunft ist jetzt, dass im zweiten Quartal 2009 begonnen werden soll. Der Abriss ist im Übrigen kompliziert, weil das Gebäude mit Asbest oder anderen Schadstoffen verseucht ist. Auch weil es beschädigt ist, gibt es Schwierigkeiten bei dem Abriss. Einfach nur mit Verfügungen wird man da nicht arbeiten können. Aber auch das ist ein Instrument, wenn wir feststellen, dass es im Laufe des Jahres nicht weitergeht.

Präsident Weber: Herr Kollege Richter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Abrissverfügung ist ja klar, Asbestbelastung, dass dort natürlich entsprechende Auflagen da sind. Ich hatte Sie bisher so verstanden, dass die Erschließungsmaßnahmen im zweiten Quartal beginnen sol-

len, das heißt, die schließen dann auch die Abrissarbeiten am Gebäude ein.

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ich habe verstanden, dass der Baubeginn - das ist ja eine Auskunft des Investors und nicht des Senats - im zweiten Quartal 2009 sein soll, und was da in welcher Reihenfolge gemacht wird, das weiß ich nicht.

Präsident Weber: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff **„Besorgniserregende Entwicklungen im Bereich der Kindertagespflege“**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bartels, Frau Ahrens, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bartels!

Abg. **Bartels** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass seit Beginn des Jahres 2009 bereits 30 Tagesmütter in der Stadtgemeinde Bremen ihre Arbeit eingestellt haben?

Zweitens: Erwartet der Senat, dass in den kommenden Monaten noch mehr Tagesmütter ihre Tätigkeit einstellen werden?

Drittens: Welche Auswirkungen hat die negative Entwicklung der Anzahl von Tagespflegepersonen auf den geplanten Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder im Alter von null bis drei Jahren?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Von den 420 Tagespflegepersonen, die die Stadtgemeinde Bremen Ende November hatte, sind 31 Tagespflegepersonen im Laufe der Monate Dezember 2008 bis Januar 2009 ausgeschieden. Ein Teil von ihnen hat als Ursache die bundesgesetzlichen Neuregelungen angegeben, die darauf abzielen, die Tagespflege von einer quasi ehrenamtlichen Tätigkeit mit Aufwandsentschädigung zu einer regulären Berufstätigkeit aufzuwerten. Infolge dieser Neuregelung entsteht eine Steuer- und

Sozialversicherungspflicht. Um eine finanzielle Schlechterstellung der Tagespflege zu vermeiden, sind zum 1. Januar 2009 die Entgelte erhöht worden. Zudem werden nun die Pflichtbeiträge zur Alterssicherung, Kranken- und Pflegeversicherung hälftig übernommen. Dadurch ist insgesamt eine materielle Besserstellung der überwiegenden Mehrzahl von Tagesmüttern beziehungsweise -vätern erfolgt.

In diesem Zusammenhang ist aber auch festzustellen, dass die Bereitschaft zur Ausübung der Kindertagespflege auch in den vergangenen Jahren einer nicht geringen Fluktuation unterlegen ist, da diese Tätigkeit oft als eine „Arbeit auf Zeit“ angesehen wird. Das Amt für Soziale Dienste wurde gebeten, gemeinsam mit dem Träger PiB, Pflegekinder in Bremen, den Gründen für die Beendigung der Tätigkeit nachzugehen. Dazu wird es Gespräche mit den ausgeschiedenen Tagespflegemüttern und -vätern noch im Februar 2009 geben.

Zu Frage 2: Der Senat geht nicht davon aus, dass über die übliche Fluktuation hinaus weitere Tagesmütter ihre Tätigkeit einstellen werden.

Die durch die bundesgesetzliche Neuregelung und deren Umsetzung in Bremen erreichte Aufwertung der Tagespflege wird nach Auffassung des Senats dazu beitragen, dass die Zahl an Tagespflegeeltern insgesamt erhöht wird.

Der Senat geht zudem davon aus, dass durch die Teilnahme der Stadtgemeinde Bremen am Aktionsprogramm Kindertagespflege des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der qualitative und quantitative Ausbau der Kindertagespflege unterstützt wird.

Zu Frage 3: Der Senat geht davon aus, dass die augenblickliche Entwicklung in der Kindertagespflege keine negativen Auswirkungen auf den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren hat. Bei der Berechnung der zur Verfügung stehenden Plätze für Kinder unter drei Jahren werden Plätze in der Tagespflege nur gezählt, wenn sie eine wöchentliche Betreuungszeit von mindestens 20 Wochenstunden aufweisen. Ab dem Jahr 2010 soll der bisherige Bestand der 320 Plätze in diesem Betreuungsumfang um weitere 90 Plätze pro Jahr ausgebaut werden. Der Senat geht davon aus, dass Tagesmütter, die bislang diesen Betreuungsumfang anbieten, wegen der Neuregelung nicht ausscheiden werden.

Im Übrigen geht der Senat davon aus, dass auch durch die Zusammenschlüsse von Ta-

gespflegepersonen zu Groß-Tagespflegestellen und die Betreuung in externen Räumen der geplante Ausbau der Kindertagespflege sichergestellt ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Bartels, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Frau Senatorin, warum geht der Senat nicht davon aus, dass weitere Tagespflegepersonen ihre Tätigkeit einstellen werden? Sie haben das ja hinlänglich in der Presse in den letzten Wochen gesagt, immer wieder vor Deputationssitzungen. Der Sozialdeputation ist ja bekannt geworden, dass viele sagen, das reicht nicht mehr.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Mein Ziel ist es, hier auch den Tagespflegepersonen, die aufgrund der steuerrechtlichen Veränderungen ihre Arbeit aufgegeben haben, zurückzugewinnen. Im Übrigen haben diese 31 Tagespflegepersonen 58 Kinder betreut, sodass wir auch einfach einmal die Größenordnung hier kennen sollten. Mein Ziel ist es, durch weitere Gespräche, so ist es auch in der Antwort geschrieben worden, und Informationen, insbesondere zu der steuerrechtlichen Situation, diese Tagesmütter, wenn es denn der Grund gewesen ist, zurückzugewinnen und auch weiterhin weitere Tagespflegepersonen zu gewinnen.

Ich glaube, das ist ein richtiger Ansatz, und wir wissen aus den anderen Bundesländern - gerade hat es dazu auf Bundesebene ein Fachgespräch gegeben -, dass die Situation sich in allen Bundesländern ähnlich darstellt. Aber auch vor dem Hintergrund, dass oft dieses als eine - ich will das noch einmal wiederholen - „Arbeit auf Zeit“ für Frauen in der Familienphase gesehen wird, ergeben sich hier einfach natürliche Fluktuationen. Insofern habe ich hier das Ziel, weitere zu gewinnen, weil wir insgesamt diesen Bereich ausbauen und auch die, die aufgrund von Unkenntnis jetzt ihre Arbeit zunächst aufgeben haben, wiederzugewinnen. Das wird nicht bei allen gelingen. Die Situation ist so, dass die eine oder andere aus finanziellen Gründen ihre Arbeit wird aufgeben müssen oder wollen.

Präsident Weber: Herr Kollege Bartels, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Frau Senatorin, jetzt hatten wir in der letzten Sozialdeputationssitzung eine Vorlage zum Ausbau der Kindertagesbetreuung von Null- bis Dreijährigen. Dort ist

ausdrücklich die Rede davon, dass der Anteil der Kindertagespflege reduziert werden soll. Steht das nicht im Widerspruch zu Ihren Aussagen, die Sie gerade getroffen haben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich sehe dort keinen Widerspruch. Die Bundesministerin ist zunächst von einem Anteil in der Ausbaubetreuung von 30 Prozent durch Tagesmütter ausgegangen. Meines Erachtens ist es realistisch, dass wir auf Bremer Ebene die von uns angestrebten gut 20 Prozent erreichen, und ich sehe da keinen Widerspruch. Das müssten Sie mir jetzt erklären, wo der Widerspruch ist.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Herr Präsident, ich kann ja schlecht die Senatorin aufklären! Ich muss ja dann eine Frage formulieren. Das fällt mir etwas schwer. Aber der Bundestrend tendiert eher zu den 30 Prozent und nicht zu den 20 Prozent. Wie wollen Sie denn als Senat die Flexibilität der Kindertagesbetreuung noch besser kommunizieren, damit auch zukünftig mehr Menschen Interesse haben, auch Kindertagespflege zu machen? Das vermisse ich!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich darf Ihnen sagen, wir haben ja nun nicht erst seit gestern eine ganze Reihe von Informationsveranstaltungen, insbesondere - das ist mir wichtig, ich glaube, das kommt hier in der Diskussion etwas zu kurz - Kindertagespflege wird qualitativ aufgewertet, indem hier auch deutlich gesagt wird, sie wird auf andere sozialversicherungsrechtliche Beine gestellt, und sie ist nicht mehr - ich sage das einmal - eine Aufwandsentschädigung für ein Ehrenamt, sondern es geht in die Richtung einer Berufsausübung. Insofern ist mir da nicht bange, dass wir Tagesmütter auch mit PiB zusammen über Informationsveranstaltungen und über Qualifizierung gewinnen werden, und das kann nur unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Situation im Standesamt**“. Die Anfrage ist unterzeich-

net von den Abgeordneten Hinners, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Ankündigung des Innensensors, dass aus dem Konjunkturprogramm des Bundes für die Sanierung des Standesamtes 2,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen werden, obwohl über die Verteilung der Mittel vom Senat noch nicht beschlossen worden ist?

Zweitens: Wie konnte es beim Standesamt zu erheblichen Bearbeitungsrückständen kommen, und welche Maßnahmen plant der Senat, um diese in Zukunft zu verhindern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Staatsräte haben Vorschläge zu den anstehenden Investitionsentscheidungen erörtert. Dazu gehört unter anderem auch das Gebäudesanierungsprogramm für das Jahr 2009, das über das Sondervermögen „Immobilien und Technik“ abgewickelt wird. Im Entwurf dieses Programms sind Mittel für die Sanierung des Standesamts für die Jahre 2009 und 2010 vorgesehen. Der Senat wird über dieses Programm am 24. Februar 2009 entscheiden. Darüber hinaus ist die Zustimmung und Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses vorgesehen und erforderlich. Das wird im März geschehen.

Zu Frage 2: Das Standesamt Bremen-Mitte hat eine knapp bemessene Personalausstattung. Im Benchmarking der Großstädte weist das Standesamt Bremen-Mitte bei der Zahl der pro Standesbeamten zu bearbeitenden Fälle die zweithöchste Belastung auf. Dies führt - wie im vorliegenden Fall - bei krankheitsbedingten Personalausfällen zu Bearbeitungsrückständen.

Die aktuell bestehenden Rückstände sollen zunächst durch den befristeten Einsatz bereits ausgeschiedener Standesbeamter abgearbeitet werden. Darüber hinaus sind weitere personelle Sofortmaßnahmen wie die kurzfristige Besetzung freier beziehungsweise frei werdender Stellen vorgesehen, um zukünftig dem Entstehen von Bearbeitungsrückständen ent-

gegenzuwirken. Erkennbar ist allerdings, dass weitere Personaleinsparungen die Situation weiter verschärfen würden; daher sollen im Rahmen der beschlossenen Haushaltseckwerte hierfür Lösungen entwickelt werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, dass zurzeit diese 2,5 Millionen Euro für die Sanierung keinesfalls zur Verfügung stehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Sie haben es missverstanden. Wir können sie noch nicht auszahlen, aber ich gehe davon aus, wenn die Bürgerschaft diesem Paket zustimmen wird - und ich glaube, die Mehrheitsverhältnisse stehen dafür -, werden wir ab März über diese Mittel verfügen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Senator, Sie haben selbst darauf hingewiesen, zunächst muss ja der Senat am 24. Februar 2009 zustimmen. Das scheint mir nach dem, was Sie gesagt haben, noch nicht sicher zu sein.

Präsident Weber: Bitte; Herr Senator!

Senator Mäurer: Da wissen Sie mehr als ich. Es ist für uns so sicher, dass wir da etwas machen. Die Frage ist, warum streiten wir uns hier überhaupt? Ich empfehle jedem, sich dieses an sich schöne Gebäude einmal von außen anzuschauen. Ich habe den Eindruck, als sei dort in den letzten 20 Jahren kein Senat einmal vorbeigekommen. Wer dort hineinkommt, sieht, dass wir eine marode bauliche Substanz feststellen müssen, die Innenausstattung ist genauso traurig.

Ich muss sagen, ich habe selten so eine traurige Behörde angetroffen wie dieses Standesamt. Dies wirkt sich so auf die Motivation der Mitarbeiter aus, dass man sich insgesamt schämen muss. Kommt man nach Bremen, wenn man heiraten will, mit Freunden und Bekannten aus anderen Bundesländern, und dann erlebt man dieses traurige Gebäude von

Standesamt. Ich kenne die Alternative dazu, das ist zum Beispiel der Lür-Kropp-Hof. Da kann man in netter Atmosphäre heiraten, aber was man den Bürgern und den Besuchern in der Stadt zumutet, spottet jeder Beschreibung!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Senator, das Plädoyer war ja für das Standesamt in Ordnung, das sieht hier, glaube ich, jeder so, aber mich interessiert noch ein weiterer Punkt, nämlich die Bearbeitungsrückstände! Wir haben im letzten Herbst einen umfangreichen Bericht aus Ihrem Haus zum Zustand des Stadtamts - und dazu gehört das Standesamt - bekommen. Dieser Bericht enthielt nicht - zumindest nicht konkret -, welche Probleme im Standesamt aktuell offensichtlich aufgetreten sind. Waren Ihnen diese zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt?

Präsident Weber: Bitte; Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich empfehle noch einmal eine Lektüre der Großen Anfrage, da war es in der Tat kein Thema. Ich versichere Ihnen, diese Probleme wären auch nicht entstanden, wenn ich davon etwas gewusst hätte! Diese Probleme sind im Dezember 2008 und Januar 2009 entstanden. Was dort passiert ist, ist eine Sache, die sich niemals wiederholen darf! Ich war entsetzt darüber, dass so etwas im Lande Bremen möglich ist. Wir haben mitbekommen, dass es bei den Sterbeurkunden einen Rückstau gegeben hat. Aber gestatten Sie es mir, folgendes zu sagen: Aus normaler Lebenserfahrung denkt man, dass die Angehörigen Probleme haben bei der Erteilung eines Erbscheins, sie haben Probleme bei der Versicherung, wenn sie diese notwendigen Urkunden nicht haben. Dass dann aber Tote nicht verbrannt werden können, dass sich die Särge stapeln, ich muss sagen, das habe ich mir nicht vorstellen können.

Wir werden dieses Problem auch in wenigen Tagen gelöst haben. Ich habe dazu einige frühere Standesbeamte gebeten, ihren Dienst wieder aufzunehmen, und war erfreut darüber, dass alle gesagt haben: Es ist überhaupt kein Thema! Diese 120 Stunden, die dafür notwendig sind, um diese Rückstände aufzuarbeiten, erledigen wir freiwillig und mit Freude. Insofern

seien Sie sicher: Dies wird sich in Bremen so nicht wiederholen!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Das Thema für die Aktuelle Stunde „Klinikverbund auf Einkaufstour - keine Expansion auf Kosten der Steuerzahler“ ist inzwischen vom Antragsteller zurückgezogen worden.

Wohnungszustände und soziale Lage in der Stadtgemeinde Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Oktober 2008
(Drucksache 17/242 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2009 (Drucksache 17/279 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Senator Dr. Loske, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten, sodass wir gleich in eine Aussprache eintreten können. - Dies stößt auf Zustimmung.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Am 15. Oktober 2008 hat die Linksfraktion eine Große Anfrage zum Thema Wohnungszustände und soziale Lage der Stadtgemeinde Bremen vorgelegt, die insbesondere die Situation und das Lebensumfeld von Menschen mit geringem Einkommen in den Mittelpunkt stellt und dabei auch den Zusammenhang von Ar-

mut und gesundheitsschädlichen Wohnverhältnissen hinterfragt.

Wir können der vorliegenden Mitteilung des Senats entnehmen, dass nach der Veröffentlichung des Berichts „Um Schimmels willen - Feuchtschäden in Wohnräumen und soziale Lage“ zumindest Informationsveranstaltungen für sogenannte Multiplikatoren, also für Menschen, die Hilfestellung und Handlungsempfehlungen gegenüber vielen Betroffenen geben sollen, durchgeführt wurden. Ich hebe ausdrücklich positiv hervor, dass auch laut Mitteilung des Senats Hausverwalter, Vermieter und Wohnungsbaugesellschaften ebenso wie Mieter Unterstützung durch den Ausbau und die Verstärkung von Netzwerken erfahren sollen.

Unbestritten ist, hoffe ich, dass Schimmel krank macht. Unbestritten ist auch, dass sowohl objektspezifische Missstände als auch individuelles Fehlverhalten Ursachen für Schimmel sein können. Die eigentliche Schadenslösung kann aber nur durch die Veränderung der Ursachen erfolgen. Aus Sicht der LINKEN handelt es sich in erster Linie um bauphysikalische oder baustoffspezifische Zusammenhänge, also um Bestandsschäden, und erst in zweiter Linie um das Nutzungsverhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt: Wohnungen von Transferleistungsbeziehern sind in ihrer Substanz häufig auch die „schlechteren Wohnungen“.

Interessant erscheint, dass zum Instandhaltungszustand von Wohnungen keine Daten erhoben werden, der Senat aber davon ausgeht, dass der vorhandene Wohnraum überwiegend ordnungsgemäß in Stand gehalten wird. Worauf basiert denn diese Antwort? Immerhin kann Schimmelbefall auch beim Bezug von Sozialleistungen als Umzugsgrund anerkannt werden. Der Weg ist nur sehr steinig und die Durchsetzung sehr langwierig.

Im Gegensatz zu Menschen mit regelmäßigem durchschnittlichen Einkommen oder Sparrücklagen können diese Menschen nicht einfach kündigen und in eine neue Wohnung ziehen. Sie müssen Ansprüche auf zivilrechtlichem Weg geltend machen. Das heißt, um es einmal auszuformulieren, weil es in der Mitteilung des Senats nicht so ausführlich steht: Zuerst muss der Vermieter über Mängel informiert werden, anschließend beginnt der Streit über Ursachen und über Verursacher, im Zweifel kann das

Gesundheitsamt eingeschaltet werden. Hinzu kommen die zwingenden Voraussetzungen von Abstimmungs- und Genehmigungsverfahren mit den Sozialbehörden, bevor einer neuen Wohnung oder einem Umzug zugestimmt wird. Allerdings - und das ist das Schlimme - ist in der Zwischenzeit eine durch Schimmelbefall verursachte gesundheitliche Beschädigung schon längst eingetreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben Sie, Frau Senatorin, auch gefragt, ob in diesen Fällen Umzugskosten, Kosten für Einrichtungsgegenstände, die Kautions, das Deponat oder sonstige Kosten übernommen werden, und Sie antworten, ich zitiere mit Erlaubnis: „Ist ein Umzug erforderlich und sind die damit verbundenen Aufwendungen notwendig und der Höhe nach vertretbar, werden sie in der Regel bewilligt. Entsprechendes gilt für Kautionen, Deponate.“

Nach unserer Auffassung entspricht diese Aussage nicht der Wahrheit! Anstelle von Kautionen und Deponaten wird lediglich eine Mietübernahmebescheinigung ausgestellt. Dieses Vorgehen ist in der Regel als vereinfachtes Verwaltungsverfahren nachvollziehbar, aber wenn für Deponate Rückzahlungsvereinbarungen getroffen und monatlich die Regelleistungen gekürzt werden, sind die Verträge rechtswidrig, denn das Deponat ist erst bei Beendigung der Hilfebedürftigkeit oder des Mietvertrags zurückzuzahlen. Gleiches gilt im Übrigen auch für Genossenschaftsanteile, die möglicherweise Voraussetzung für einen Mietvertrag sind.

Die Wohnungssuche und die Wohnungsbeschaffung hängen darüber hinaus mit weiteren Kosten zusammen. So können beispielsweise Kosten für Zeitungen anfallen, um im Immobilienenteil lesen und Angebote filtern zu können, dazu gehören Kosten für Internet, um Wohnungsangebote suchen zu können, für Telefon, um mit Wohnungsbaugesellschaften oder Privatvermietern in Kontakt treten zu können, Fahrtkosten, um Wohnungsbaugesellschaften aufsuchen zu können oder die Besichtigung bei Privatvermietern vereinbaren zu können, manchmal sogar Maklerkosten. Davon findet sich in Ihren Auflistungen nichts. Auch Umzugskosten werden zumeist auf Umzugswagen und Sprit reduziert. - Ich werde mich für weitere Ausführungen ein zweites Mal melden und bedanke mich zunächst für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! DIE LINKE hat mit ihrer Großen Anfrage ein wichtiges Thema aufgegriffen, nämlich den Zusammenhang von Armut und angemessener Wohnung. Dem Senat werden hier allerdings so umfangreiche und detaillierte Informationen abverlangt, dass die Antwort eher eine wissenschaftliche Untersuchung erfordert hätte, dabei hat der Senat Wichtigeres zu tun, nämlich den Menschen mit Wohnungsproblemen zu helfen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Der Senat hat dennoch alle Fragen so weit wie möglich beantwortet, allerdings - und das gefällt uns von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gar nicht - sind die Fragen so gestellt, dass DIE LINKE offensichtlich finanziell schwächer gestellte Mieterinnen und Mieter in Bremen zu gläsernen Menschen machen will. Unser Auftrag im Parlament ist, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Bremen in menschenwürdigen Wohnungen leben können, nicht aber um den Preis, ihre Lebensverhältnisse bis ins Kleinste auszuforschen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Aus der Antwort des Senats wird deutlich, dass besonders günstige Wohnungen, auf die vor allem auch die Empfängerinnen von Grundsicherung angewiesen sind, häufiger Mängel haben als andere Wohnungen. Das hat Frau Nitz auch gesagt, und das ist in der Tat so. Gesundheitsgefährdender Schimmel in den Wohnungen kann selbstverständlich nicht akzeptiert werden. Grundsätzlich steht in solchen Fällen zunächst die Verpflichtung des Hauseigentümers im Vordergrund und eben nicht die des Senats, die Wohnung in einem guten und gesundheitlich einwandfreien Zustand zu erhalten; er muss sich um den Erhalt und die regelmäßige Sanierung seines Hauses kümmern. Wenn der Eigentümer aber zum Beispiel ein Investmentfonds ist, ist leider oft das Interesse an den Mieteinnahmen allein da, sodass die Häuser und Wohnungen mit der Zeit praktisch verrotten.

Bei Wohnungsmängeln allerdings haben die Bewohnerinnen und Bewohner das Recht, erstens die Miete zu mindern, zweitens notfalls - und das ist in dem Fall, vom dem in der Zei-

tung berichtet wurde, ja auch so gewesen - die Bauaufsicht einzuschalten, und wenn alles nichts hilft, auch ausziehen. Ich finde es durchaus richtig, dass man zunächst seine zivilrechtlichen Ansprüche, Frau Nitz, geltend macht. Das heißt aber nicht, dass man bis auf ewige Zeiten dann in der Wohnung verbleiben und erst einmal krank werden muss, um dort ausziehen zu können.

Schimmel- und Pilzbefall, schlechte Isolierung und falsche Sanierung sind vor allem Mängel, die die Vermieterinnen und Vermieter abstellen müssen. Es ist gut, dass das Gesundheitsamt bei Schimmelbefall von Wohnungen Beratung und Unterstützung anbietet, um den Ursachen auf den Grund zu gehen. Daneben muss eventuell auch noch eine sachverständige Person klären, ob zum Beispiel und in welcher Weise bauliche Mängel für eine feuchte Wohnung verantwortlich sind oder ob eine falsche oder unzureichende Lüftung ursächlich ist. Wenn die Mieterinnen und Mieter Leistungen der Grundsicherung beziehen, müssen sie in solchen Fällen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte selbstverständlich Unterstützung von der BAGIS bekommen. Sie haben dann das Recht, auch entsprechende Beratungsstellen aufzusuchen. Im Fall von Mietminderungen müssen die BAGIS und das Amt für Soziale Dienste darüber hinaus, insbesondere bei direkt gezahlten Mieten, im Einvernehmen mit den Mieterinnen und Mietern die Mietzahlung entsprechend reduzieren, um uneinsichtige Vermieter unter Druck zu setzen, ihrer Verpflichtung nachzukommen. Auf diese Weise kann durchaus dem einen oder anderen Vermieter klargemacht werden, seine Missstände in seinen Wohnungen zu beseitigen.

Die grüne Fraktion denkt aber auch noch darüber nach, ob die Stellung von Mieterinnen und Mietern nicht noch weiter gestärkt werden kann. Warum sollen Vermieterinnen und Vermieter nicht auch zivilrechtlich, also von ihren Mieterinnen und Mietern, dazu gezwungen werden können, notwendige Reparaturen, eine Wärmeisolierung und eine die Wohnsubstanz erhaltende Renovierung vorzunehmen? Im Grunde genommen ist es doch nicht hinnehmbar, dass Mieterinnen und Mietern nur das Mittel der Kürzungen ihrer monatlichen Mietzahlungen bleibt, um auf uneinsichtige Vermieterinnen und Vermieter einzuwirken.

Vorhin kam schon einmal bei einer Frage in der Fragestunde die Ersatzvornahme ins Spiel. Auch das ist ein Mittel, an das man denken kann, wenn man die Mieterinnen- und Mieterrechte stärken will. Hier könnte zum Beispiel

Bremen auch eine Vorreiterrolle im Bundesrat spielen. Wir könnten einmal überlegen, ob wir eine entsprechende Initiative starten.

Wie bei den Wohnungen in der Neuwieder Straße geschehen, kann die Bauaufsicht bei schweren baulichen und technischen Mängeln die Verwalterinnen und Verwalter verpflichten, diese zu beseitigen. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass dieses Instrument dort genutzt wird und auch Fachleute für das Mietrecht zur Verfügung gestellt werden, um die Mieterinnen und Mieter zu beraten. Insofern ist hier einiges geschehen, und die Unterstützung der Mieterinnen und Mieter findet statt, sodass sie auf dem zivilrechtlichen Weg, aber notfalls auch über die ordnungsrechtliche Schiene ihre Rechte wahrnehmen können. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Sache vorweg: Ich habe die Fragestellung der Fraktion der LINKEN durchgearbeitet und finde sie richtig gut. Es ist eine richtige Fleißarbeit gewesen, so etwas in diesem Parlament einzureichen. Ich finde, es ist eine gute Initiative. Gleichzeitig zeigt sich aber auch in den ausführlichen Antworten des Ressorts, dass versucht worden ist, dies in der Breite sehr differenziert, aber auch noch einmal von den Grundlinien heraus, was Wohnungsbaupolitik, was auch die Frage der sozialen Lage der Menschen und deren Wohnungszustände in unserer Stadtgemeinde betrifft, zu beantworten.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich glaube, das ist gut. Es ist auch ein Stück Debattenkultur, dass wir dies hier im Rahmen solch einer Großen Anfrage diskutieren können. Gestatten Sie mir - wir haben nur dreimal fünf Minuten, da muss man sich auf die Frage konzentrieren, dieses Problem hat mit Sicherheit jede Rednerin und jeder Redner -, noch einmal von einigen Teilaspekten zu berichten, die die Spitze des Eisbergs sind! Schimmel in den Wohnungen, darin sind wir uns alle einig, das geht nicht! Aber ich bin der Auffassung, wir müssen dort auch versuchen, noch einmal den Gesamtzusammenhang zu sehen, wie wir Wohnungsbaupolitik betreiben und damit auch gestaltend eingreifen in der Frage der Verbesserung, der Stabilisierung der sozialen Lage

der Menschen, gerade auch im Mietwohnungsbereich. Deshalb gestatten Sie mir noch einmal eine Frage! Als Erstes fand ich die Aussage vonseiten des Senats in der Antwort zu der Frage 8 sehr gut, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Die Gewoba ist für Bremen ein zentraler Partner für die Stadtentwicklung, insbesondere für die Stabilisierung der Stadtquartiere mit Geschosswohnungsbau. Dieses Unternehmen ist unverzichtbar.“

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das ist eine wichtige Position, und ich kann sagen, dass wir uns eigentlich alle hinter dieser Aussage versammelt haben, jedenfalls fast alle in diesem Haus, dass wir in Bremen und Bremerhaven mit einer Wohnungsbaugesellschaft arbeiten mit diesem Anspruch und mit dieser Praxis. Wie sie sich hier, auch in den einzelnen Wohnquartieren in enger Vernetzung mit den Mieterinnen und Mietern in den Prozessen der Stadtsanierung, auch in Fragen für WiN-Prozesse, einbringt, ist, glaube ich, sehr vorbildlich. Mit anderen Worten sage ich noch einmal: Bremens Entscheidung, sich mehrheitlich an der Gewoba zu beteiligen, war und ist richtig. Ich spreche jetzt für meine Fraktion, aber ich weiß, wir haben von ganz vielen anderen Fraktionen hier auch noch Unterstützung: Man darf dem Drängen der FDP, die Gewoba zu verkaufen, nicht nachgeben!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Das zeigt die Praxis, und es zeigt auch, dass wir hier ein wichtiges Instrument haben.

Gewos - ich komme noch einmal zu einer anderen wichtigen Frage - hat im Auftrag der Wohnungswirtschaft erneut die Entwicklung des Wohnungsmarktes bis zum Jahr 2020 untersucht. Für Bremen wird ein Angebotsdefizit bis zum Jahr 2020 prognostiziert. Gewos schlägt hier vor, ich benenne das einmal in Schlagworten, erstens eine Anpassung des Bestandes an zukünftig nachgefragten Marktelementen und zweitens Wohnungszusammenlegung zur Deckung der Nachfrage nach großen Wohneinheiten und Mietangeboten in Reihen- und Einfamilienhäusern. Es gibt also auch hier noch einmal eine klare Orientierung, dass wir uns auch den neuen Entwicklungen in der Gesellschaft anpassen müssen, dass wir eben auch sehen müssen, wie es uns gelingen kann, im Bestand selbst solche Prozesse zu steuern.

Eine weitere Frage, meine Damen und Herren, ist die der sogenannten Schlichtwohnungen, ein wichtiger Bereich! Wir wissen, das sind unter einem Prozent der Wohnungen, aber trotzdem, wir wissen, in bestimmten Bereichen haben sie eine große Außenwirkung und eine negative Ausstrahlung für bestimmte Wohnquartiere. Ich glaube, es muss unser Ansatz sein, ressortübergreifend in diesen Bereichen voranzukommen, vor allem insofern voranzukommen, als dass wir auch hier Ankerfunktionen haben, damit wir mit einer aktiven Wohnungsmarktpolitik erreichen, dass wir hier mit den betroffenen Menschen zu wesentlichen Verbesserungen kommen. Deshalb sage ich, dieses eine Prozent - das ist richtig, das ist eine Zahl, die dort steht - hat natürlich in bestimmten Wohnquartieren geballt teilweise zu großen Problemen geführt.

Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal zusammenfassen: Fragen zum Schimmel und zu weiteren wichtigen Punkten, die im Einzelnen angesprochen sind, glaube ich, müssen wir auch in einer Gesamtstrategie zusammenführen, die wir hier zu diskutieren haben: Erstens, wie kann es uns gelingen, Veränderung der Ansprüche, demografische Entwicklung, Veränderung der Gesellschaft im Bestand zu realisieren? Zweitens, wie können wir mit einer aktiven Wohnungsmarktpolitik auch hier im Sinne eines sozialen Zusammenhalts unserer Stadtgesellschaft wirken? - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, die Mitteilung des Senats geht sehr intensiv auf die Frage von Schimmelbefall in Mietwohnungen, in Wohnungen allgemein ein, auf Problematiken im Wohnumfeld. Wir haben uns in diesem Haus im Rahmen einer Frage für die Fragestunde bereits mit einer Broschüre des Gesundheitsamtes mit dem schönen Titel „Um Schimmels willen“ beschäftigt.

Meine Damen und Herren, in der Tat ist es so, dass es bei Mietwohnungen unterschiedliche Gründe für Schimmelbefall gibt. Da ist zum einen das, was das Wohnobjekt selbst verursacht, aber auch die Handlungen der einzel-

*) Vom Redner nicht überprüft.

nen Mieter können Schimmel hervorrufen, und das muss man sehr differenziert betrachten. Ganz wichtig, das sagt die Mitteilung des Senats auch, ist, dass man Prävention betreibt, dass man Aufklärung betreibt und dass man auch Hilfsangebote unterbreitet. Das ist, so kann man der Antwort entnehmen, in ausreichendem Maße hier erfolgt, da ist in den Sozialzentren mit den Quartiersmanagern in unseren WiN-Gebieten eine ganze Menge passiert. Das finden wir richtig, das finden wir gut, denn wir brauchen diese Hilfsangebote für einkommensschwächere beziehungsweise benachteiligte Personen.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Reduzierung der Fördermittel in den WiN-Gebieten. Wir als CDU-Fraktion betrachten das sehr mit Sorge. In den Zeiten der Großen Koalition haben wir doch Maßgebliches erreicht. Ich will auch sagen, dass wir auch gerade in Osterholz-Tenever eine ganze Menge mit den Umstrukturierungsmaßnahmen erreicht haben, und wir betrachten mit Sorge, dass wir jetzt schon wieder eine Nachricht über besagtes Wohnobjekt bekommen, ich muss die Straße ja auch nicht zwingend nennen, alle wissen, worum es geht. Es ist ganz wichtig, dass auch die Stadt hier die Mieter nicht alleinlässt, dass dort Hilfsangebote gemacht werden, dass Beratung erfolgt, aber Eigentum verpflichtet, das scheint der eigentliche Eigentümer dieser Anlage tatsächlich vergessen zu haben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es gibt, und das will ich noch einmal deutlich machen, vom Statistischen Bundesamt eine Erhebung, die besagt, dass jede fünfte armutsgefährdete Person gegenüber jeder achten nicht armutsgefährdeten Person in einem feuchten Wohnraum lebt. Das ist eine immense Diskrepanz, und es ist schon deutlich geworden, dass die Gesundheitsgefährdung doch erheblich ist. Es gibt mehrere nationale, aber auch internationale Studien, die das belegen. So ist das Risiko der Asthmaerkrankung signifikant um 50 Prozent erhöht, das relative Allergierisiko um 30 Prozent. Ich glaube, das leuchtet ein, Schimmelbefall in Wohnungen ist kein kleines Problem. Von daher ist diese Mitteilung des Senats sehr wertvoll.

Es ist hier gerade noch einmal vom Kollegen Pohlmann - er hört mir hoffentlich auch zu! - das Gewos-Gutachten genannt worden. Wir haben große Zweifel, was diese ganzen Gutachten über Angemessenheit von Wohnraum et cetera angeht, dass wir auch bei der zukünft-

ig zu klärenden Frage wieder ein Gutachten brauchen. Sie wissen, das Sozialgericht hat vor einigen Tagen auch ein Urteil über die Angemessenheit von Wohnraum gefällt. Ich bin nun kein Baupolitiker, ich bin Sozialpolitiker, aber ich finde, in dem Zusammenhang sollte man noch einmal insgesamt hier im Hause debattieren, ob wir über die Angemessenheit des Wohnraums nicht doch tatsächlich noch einmal über den Mietspiegel diskutieren sollten.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Gemach, gemacht!)

Ich bin nicht für die Gutachteritis, ich bin nicht dafür, dass wir noch einmal auf Gewos zurückgreifen. Dieses Gutachten hat gezeigt, dass es nicht rechtssicher ist, und Rechtssicherheit brauchen wir für alle Beteiligten, meine Damen und Herren. - Insofern darf ich mich für die Aufmerksamkeit zunächst bedanken!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sicher, es gibt in Bremen Wohnungen, die, ob baulich oder auch nutzerbedingt, in einem bedenklichen Zustand sind. Allerdings vermittelt uns die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE den Eindruck, als wenn ein hoher Anteil aller Bremer Wohnungen von Nässe und Schimmel befallen sind und das Bewohnen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt. Dem ist nicht so! Auch die Zeiten des Trockenwohnens sind lange vorbei, dank der heutigen Bautechnik gehört dies der Vergangenheit an.

(Beifall bei der FDP)

Beschäftigen wir uns zunächst einmal mit ein paar Fakten vom Bremer Wohnungsmarkt! In Bremen leben rund 545 000 Menschen. Es gibt 112 000 Wohngebäude mit rund 295 000 Wohnungen. Diese Anzahl spricht in etwa den in Bremen lebenden Haushalten. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt in Bremen circa 1,83 Personen. Rund 147 000 Haushalte sind Einpersonenhaushalte, etwa 50 Prozent, und 229 000 Haushalte haben keine Kinder, das sind 77 Prozent. Etwa 39 000 Haushalte, über die reden wir heute, sind auf finanzielle Unterstützung - ALG II et cetera - angewiesen.

Etwa 80 Prozent der Wohngebäude wurden vor 1978 gebaut. Wie viele davon inzwischen energetisch, vor allem bauphysikalisch richtig saniert wurden, ist zumindest mir nicht be-

kannt. Tatsache ist jedoch, die großen Wohnungsunternehmen, die Gewoba oder Gewosie, um nur zwei zu nennen, und viele private Eigentümer, die auch in Bremen den weitaus größten Anteil der Wohnungsbauinvestitionen getätigt haben und auch die meisten Wohnungen zur Verfügung stellen, legen nicht die Hände in den Schoß, sondern tun etwas und haben saniert beziehungsweise werden sanieren.

(Beifall bei der FDP)

Insofern finde ich es immer merkwürdig, wenn in der Großen Anfrage und auch in den Antworten immer nur Mieter, Mieter, Mieter steht und Gewoba, Gewoba, Gewoba, aber der große Anteil der privaten Vermieter, diese stellen immerhin fast 80 Prozent der Wohnungen auch in Bremen, offensichtlich so ein bisschen vergessen wird. Nicht nur die Gewoba tut etwas für ihren Wohnungsbestand, sondern auch die privaten Vermieter tun etwas für den Wohnungsbestand, weil sie sonst auch dumm wären, weil sonst die Werte ihrer Wohnungen und Häuser verloren gehen.

(Beifall bei der FDP)

Es wurde in den letzten Jahren und es wird auch immer Dank der auch in Bremen wieder aufgefüllten Förderprogramme kräftig in die energetische Sanierung von Wohngebäuden investiert. Dass es nicht so schlecht mit den Wohnungsbeständen gestellt ist, verdeutlichen auch die zwischenzeitlich vorliegenden ersten Auswertungen der im letzten Jahr erstellten Energieausweise für Bestandsimmobilien. Die energetische Qualität ist weitaus besser als von vielen vermutet, zumal jeder Immobilieneigentümer weiß - das habe ich eben schon gesagt -, er muss in seine Ware Immobilie etwas investieren. Er muss sie pflegen, um den Wert zu erhalten, um auch in Zukunft, der demografische Wandel geht auch an Bremen nicht vorbei, seine Wohnungen und Häuser zu akzeptablen Bedingungen vermieten oder auch verkaufen zu können.

Es gibt Netzwerke, das Netzwerk „Schimmel“ und die von diesem unter anderem entwickelte Checkliste, diverse in der Regel kostenlose und niedrigschwellige Beratungsangebote, Schulungsangebote für Verwalter, Wohnungsunternehmen, auch für die Gewoba, deren Hausmeister auch oft nicht gut geschult sind, und auch private Vermieterinnen und Vermieter möchte ich hier nennen. Diese Angebote werden auch genutzt, schließlich sind wir uns

alle darüber einig, Wohnungen müssen in einem mängelfreien Zustand sein und bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Betrachtet man die Anzahl der Beratungen in den letzten Jahren der diesbezüglichen Angebote, auf die wird erst seit etwa vier Jahren in der Öffentlichkeit aufmerksam gemacht, so ist diese im Verhältnis zur Gesamtzahl der in Bremen vorhandenen Wohnungen außerordentlich gering. Das heißt, so schlecht kann es auch nicht bestellt sein, ein deutliches Zeichen dafür, dass die Wohnungen eigentlich in der großen Masse von einer relativ guten Qualität sind.

Insbesondere in den Monaten Januar bis März treten verstärkt Nässe- und Schimmelprobleme auf. Sporen sind permanent und überall vorhanden. Treffen diese auf den richtigen Nährboden, breiten sie sich sehr schnell aus und können auch zu einem gesundheitlichen Problem insbesondere für Allergiker und immungeschwächte Menschen werden, wobei die Ursachen für die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durchaus nicht immer eindeutig festzustellen sind. Das Problem liegt nicht selten in der Bauphysik begründet. Nicht aufeinander abgestimmte Sanierungsmaßnahmen können zu entsprechenden Problemen führen. Neue hochdämmende Fenstersysteme ohne Berücksichtigung des Wandaufbaus, schon können sich Probleme ergeben, wenn nicht auch das Wohnverhalten entsprechend angepasst wird, und da hapert es dann oft.

Auch bei genauen Gebrauchsanweisungen für die speziellen Wohnungen, wie heute schon von vielen Gerichten gefordert, werden diese aus Unkenntnis wegen der falschen Annahme, durch richtiges Lüften Heizenergie zu verpulvern, nicht beachtet. Bausachverständige, die sich häufig mit diesem Problem beschäftigen, betonen immer wieder: Manchmal ist es ein reines bauphysikalisches Problem. Da muss natürlich der Vermieter, der Eigentümer handeln. Manchmal ist es ein Problem, was allein im Nutzungsverhalten liegt, aber da, glaube ich, liegt die Fraktion DIE LINKE mit ihrer Einschätzung der Quote nicht so ganz richtig. Die Bausachverständigen sagen, zumindest zu 75 Prozent liegen die Probleme auf beiden Seiten. Es ist bauphysikalisch bedingt durch das Gebäudealter, aber es ist auch bedingt dadurch, dass die Menschen, die in diesen Wohnungen, und zwar nicht nur Mieter, sondern auch selbst nutzende Eigentümer, wohnen, mit diesen Problemen nicht richtig umgehen können.

(Beifall bei der FDP - Glocke)

In diesem Zusammenhang noch vielleicht ein Verweis, dann komme ich auch zum Schluss, auf das Netzwerk Energieexperten und den gemeinnützigen Verein Bauraum, der in wenigen Wochen in der Friedrich-Karl-Straße ein Beratungszentrum eröffnet. Ich glaube, da sind dann auch die Möglichkeiten gegeben, dass sich alle, die mit diesem Problem zu tun haben, entsprechend beraten lassen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bartels, Sie haben recht, dass wir hier auch noch einmal über die Entscheidung des Sozialgerichtes reden müssen, aber auch in unserer Frage 12 geht es um die mehrstufige Einzelfallprüfung. Die Frage beinhaltet die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, die älteren Entscheidungen. Die Antwort des Senats lautet hier, ich zitiere: „Die Prüfung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft setzt eine Einzelfallprüfung voraus.“ Das Amt für Soziale Dienste beziehungsweise die BAglS setzen diese Aufgabe entsprechend der Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft nach Paragraph 22 SGB II respektive Paragraph 29 SGB XII um. Hier muss unserer Ansicht nach, wie auch in Ihrem Sinne, konkret nachgebessert werden, denn diese Verwaltungsanweisungen stimmen unserer Auffassung zufolge zumindest nicht mehr mit der derzeitigen Rechtslage überein.

Die Bewertung der in der Verwaltungsanweisung genannten Mietobergrenzen sieht der Senat in der weiteren Antwort zu Frage 12 wie folgt, ebenfalls Zitat: „Zur Frage der Angemessenheit der Unterkunftskosten in der Stadtgemeinde Bremen stellen die von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales festgelegten Mietobergrenzen Richtwerte da, die der Verwaltung die Erfüllung des Gebots der Gleichbehandlung gleichgelagerter Fälle erleichtern und die Fälle individueller Abwicklung begrenzen.“ Eigentlich wäre hier aufgrund dieser Verwaltungsanweisung jegliche Grundlage für eine Kürzung der tatsächlichen Kosten der Unterkunft rechtswidrig, also auch nach den Ausführungen in der Antwort des Senats. Aber dennoch werden Kürzungen vorgenommen.

Vielleicht ein paar Lösungsvorschläge! Um eine günstige Wohnung finden zu können, wird in anderen Städten häufig ein qualifizierter Mietspiegel zugrunde gelegt. Ich glaube, auch da sind wir einer Meinung, Herr Bartels, in Bremen ist das nicht der Fall! Stattdessen verlässt sich der Senat auf den Bericht des Hamburger Institut Gewos, bei dem er ein Gutachten in Auftrag gegeben, aber nur einen Bericht erhalten hat. Abgesehen davon wäre hier vielleicht einmal zu prüfen, ob nicht Regressforderungen möglich wären.

(Beifall bei der LINKEN)

Die zweite Möglichkeit: In unserer Frage 21 baten wir um Auskunft, in welchem Zeitraum mit Problemlösungen beispielsweise durch rechtliche Maßnahmen von staatlichen Behörden zu rechnen sein könnte. Sie beziehen sich in den Ausführungen überwiegend auf die Bremische Landesbauordnung, teilweise auch auf das Wohnungsbauförderungsgesetz und teilen mit, dass das Gesundheitsamt in der Problematik von Feuchtigkeit und Schimmel kontinuierlich an Lösungsmöglichkeiten arbeite. Wie das konkret aussieht, das weiß ich nicht. Aber vielleicht könnte man hier auf die Erfahrungen der letzten Jahre zurückgreifen, beispielsweise durch die Fortschreibung der sogenannten schwarzen Liste in der genau Wohnungen, Wohngegenden oder auch Vermieter aufgelistet sind, die sich an grundlegende gesetzliche Voraussetzungen nicht halten, und man könnte diese Liste auch den Betroffenen zugänglich machen!

Ein Satz vielleicht noch zum Schluss in Richtung SPD! Herr Pohlmann, wir unterstützen ausdrücklich Ihr Anliegen, dass wir möglichst gestaltend in Wohnungsbaupolitik eingreifen und unseren Einfluss auch über die Gewoba in Bremen stärken sollten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an die Ausführungen von Herrn Pohlmann aus der Sicht von Soziales anknüpfen. Vieles ist schon richtig erwähnt worden. Wir können in Bremen - da möchte ich noch einmal unterstützen, was Herr Pohlmann gesagt hat - wirklich sehr froh sein, dass wir ein Wohnungsunternehmen wie die Gewoba haben, denn dort wird wirklich soziale Verantwortung wahrgenommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Trotzdem ist - wie im Einleitungstext zu der Großen Anfrage der LINKEN - sicher richtig, dass armutsgefährdete Haushalte häufiger Probleme mit ihren Wohnungen oder auch mit dem Wohnumfeld haben, und hier haben wir eine besondere Verantwortung, die wir allerdings auch sehr ernst nehmen. Das entscheidende politische Element ist sicher die im Jahr 2007 vorgenommene Anhebung der Mietobergrenzen. Das hat die Grundlage dafür geschaffen, dass Familien oder alleinlebende Menschen, die Transferleistungen beziehen, in Bremen sozial stabiler leben können. Die Differenzierung nach Stadtteilen war dabei ein besonderes Element. Das Wohnen in Schwachhausen ist nun einmal teurer als in Walle, und es kann nicht sein, dass Familien gezwungen werden, ihr soziales Umfeld verlassen zu müssen. Wir wirken damit direkt einer sozialen Entmischung entgegen!

Mit den Zuschlägen für bestimmte Stadtteile sind wir übrigens im Bundesvergleich sehr fortschrittlich. Letztendlich handelt es sich bei den Mietobergrenzen um Richtwerte, die bei einer Überschreitung dann im Einzelfall geprüft werden. Die Überschreitung kann angemessen sein, wenn die individuelle Situation so ist, dass eine Senkung nicht möglich oder zumutbar ist, zum Beispiel wenn im Haushalt ein besonderer Bedarf besteht wegen einer körperlichen Behinderung oder vieler Kinder. Sehr interessant in diesem Zusammenhang ist auch das relativ frische Urteil des Sozialgerichtes zu den Kosten der Unterkunft. Grundsätzlich sehen wir uns mit unserer Entscheidung, die Mietobergrenzen zu erhöhen, bestätigt. Eine pauschale weitere Erhöhung macht zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Sinn, weil es auch darum gehen muss, Mitnahmeeffekte der Wohnungswirtschaft zu vermeiden. Daher werden wir die weiteren gerichtlichen Entscheidungen verfolgen und den entsprechenden Handlungsbedarf dann prüfen.

Eine im Juni vorgenommene Stichprobe hat übrigens ergeben, dass nur bei fünf bis sieben Prozent der Bedarfsgemeinschaften die anerkannten Kosten der Unterkunft unterhalb der tatsächlichen Kosten liegen. Dabei kann es sich um kleine Beträge handeln oder aber auch um Fehlbelegungen. Die Heizkosten werden in der tatsächlichen Höhe erstattet. Für die Sachbearbeiter gibt es auch dort Richtwerte. Wenn die Kosten dann trotzdem darüber liegen, wird geschaut, ob es dafür eine Begründung gibt. Das kann zum Beispiel ein har-

ter Winter sein oder auch eine schlecht isolierte Wohnung. Insgesamt kann festgestellt werden, dass durch die bremischen Regelungen zu den Kosten der Unterkunft der Fokus darauf liegt, soziale Härten zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das Wohnumfeld spielt für uns eine ebenso große Rolle. Hierbei ist für uns die enge Kooperation mit den Bürgern und Beiräten sehr wichtig. Die kennen ihre Stadtteile genau und wissen am besten, wo die Problemlagen sind. Durch das seit 1998 bestehende Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ und das Programm „Soziale Stadt“ werden kontinuierlich quartiersbezogene Handlungsansätze entwickelt. Dies muss von uns stetig weiterentwickelt werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Trotzdem gibt es schwierige Problemlagen wie zum Beispiel jetzt aktuell in Tenever. Leider gibt es auch in unserer Stadt Investoren, die ihre soziale Verantwortung eben nicht wahrnehmen. In diesem Fall ist die Lage besonders schwierig, weil die Erreichbarkeit der in Sydney ansässigen Firma problematisch und auch fraglich ist, ob dort überhaupt die Bereitschaft besteht, dieser schwierigen Lage der Bewohner abzuweichen. Die betroffenen Mieter dürfen wir dabei nicht allein lassen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei den LINKEN)

Hier sind wir gemeinsam gefordert, alle Möglichkeiten zu nutzen, um zu konstruktiven Lösungen zu kommen.

Staatsrat Golasowski aus dem Bauressort hat schon seine Unterstützung zugesagt, ebenso die Gewoba sowie die BAGIS. Dabei sind alle Möglichkeiten zu nutzen, von der Mietminderung bis zu einem Umzug in eine andere Wohnung. Insgesamt kann jedoch festgestellt werden, dass in der Stadtgemeinde Bremen die bisher entwickelten politischen Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass die Wohnsituation für die meisten Einkommensschwachen und auf Transferleistungen angewiesenen Menschen gut ist. Wir sind allerdings gefordert, auf alle Entwicklungen entsprechend zu reagieren, wie zum Beispiel bei der Steigerung der Energiekosten oder der daraus folgenden erforderlichen energetischen Sanierung. Klar für uns alle muss nur sein, dass die

individuelle Lebenssituation der Menschen mit ihrem persönlichen Bedarf immer im Fokus zu stehen hat. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich mit einigen Argumenten von Frau Nitz auseinandersetzen! Die erste Reaktion darauf, wenn eine Wohnung marode ist oder Mietmängel aufweist, ist ja, dass die Betroffenen Beratungen benötigen. Wir haben Beratungsstellen der Mieterorganisationen, die öffentliche Rechtsberatung und die Arbeitslosen- und Sozialberatungsstellen. Was ich sehr gut finde, ist, dass wir auch das Gesundheitsamt haben, das sich zum Beispiel um Schimmel kümmert, aber wir haben auch die Website der Bremer Umweltberatung, wo man sich auch informieren kann. Wir haben also eine Fülle von Beratungsangeboten. Dann ist es wichtig, dass diese Beratungsangebote für Sozialleistungsempfänger auch eng mit der BAGIS oder mit dem Amt für Soziale Dienste zusammenarbeiten, sodass man zum Beispiel über Mietminderung - wenn direkt gezahlt wird, müssen sie das ja dann vornehmen - versucht, den Vermieter unter Druck zu setzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das, denke ich, ist vorhanden. Da sind wir hier in Bremen gut aufgestellt.

Zweitens ist es ganz wichtig, dass die sogenannten Mietobergrenzen keine Obergrenzen sind, sondern Richtwerte. Das ist übrigens auch der Begriff, den der Deutsche Verein empfiehlt, und das kommt in der Antwort des Senats auch deutlich heraus, dass im Einzelfall durchaus diese Grenzen überschritten werden können, meine Kollegin Frau Garling hat das eben schon gesagt. Insofern kann man im Grunde genommen auch über diese Werte hinaus Ansprüche geltend machen.

Drittens, das hat der Kollege Pohlmann schon betont, gibt es die Möglichkeit, über einen öffentlichen Wohnbauträger, hier insbesondere die Gewoba mit 31 000 Wohnungen, notfalls auch umziehen zu können. Es kann nicht sein,

dass man warten muss, bis alles zivilrechtlich geklärt ist, sondern es kann durchaus sein, wenn die Wohnung mit Pilz überzogen ist, dass die Bewohner schnell ausziehen können, bevor Gesundheitsschäden eintreten. Das ist möglich, und das, denke ich, muss auch sichergestellt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dann noch etwas zu zwei Dingen, die Sie meines Erachtens nicht richtig dargestellt haben: Mietkostenübernahmebescheinigungen statt Deponatübernahme! Natürlich ist es für uns in Bremen, für das Amt für Soziale Dienste und für die BAGIS, besser, wenn eine Garantiekündigung gegeben wird, dass bei Schäden in der Wohnung das erstattet wird, anstatt ein Deponat auszuzahlen. Dieses Deponat liegt dann bei dem Vermieter herum und bringt vielleicht ein paar Prozent Zinsen, aber es ist wesentlich günstiger, wenn man eine solche Mietkostenübernahmebescheinigung hat und sich damit aber auch das Deponat erübrigt. Dort, wo das nicht der Fall ist, wird ja auch das Deponat übernommen.

(Abg. Frau Nitz [Die LINKE]: Und wird gleich abgezogen!)

Nein! Sie sagen, es wird gleich abgezogen, das ist falsch, das ist rechtlich falsch, und da müssen Sie Einzelfälle benennen, dann werden wir dem nachgehen. Das ist etwas, das wir intensiv auch mit dem Ressort diskutiert haben, dass dieses monatliche Abziehen des Deponats rechtlich unzulässig ist und nicht gemacht werden darf. Nach meiner Kenntnis wird es auch nicht mehr gemacht. Es kann sein, dass es in Einzelfällen vorgekommen ist, dann muss man das korrigieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann ganz zum Schluss zu der Frage der Sozialgerichtsentscheidung! Ich will hier keinen juristischen Exkurs machen, aber um es deutlich zu machen: Bei der einstweiligen Anordnung hat das Sozialgericht in Bremen gesagt, dass nur der letzte Rückgriff auf die Mietobergrenzen in der Wohngeldtabelle sein soll; besser ist es, wenn ein Mietspiegel vorhanden ist, das steht auch bei der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts immer an erster Stelle, und an zweiter Stelle stehen Ermittlungen, die die Kommune gemacht hat, bei uns ist es das Gewos-Gutachten gewesen.

Die Frage ist, ob man mit einem Mietspiegel nicht die Preise nach oben treibt, das ist das Risiko, das man damit eingeht, und deswegen muss man überlegen und abwägen. Ich will nicht grundsätzlich gegen einen Mietspiegel reden, er ist eine Möglichkeit. Aber wenn man einen solchen schafft, dann müsste man ihn auf Stadtteile differenziert erstellen, weil wir sehr unterschiedliche Miethöhen in den einzelnen Bereichen in Bremen haben, und das ist ein sehr teures, aber mögliches Unterfangen. Die Alternativen dazu sind eigene Ermittlungen, die in Bremen durch das Gewo-Gutachten erfolgt sind. Das müsste in der Tat in kurzer Zeit angepasst werden, und dann, denke ich, hätten wir eine ebenso gute Grundlage, um über die Mietobergrenzen entscheiden zu können. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gewoba ist Gott sei Dank im Moment in der glücklichen Lage, gar nicht so viele Leerstände zu haben, um dann möglicherweise für Umzüge Wohnungen zur Verfügung stellen zu können,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das ist nicht Glück, das ist Leistung!)

unter einem Prozent, mit Ausnahme von Osterholz-Tenever. Ich will jetzt auch nicht über Mietspiegel und Sinnhaftigkeit der Mietspiegel reden. Ich denke, wir haben auch einige Mietsammlungen in Bremen, zum Beispiel über die Gewoba und Wohnungs- und Bauunternehmen, wo wir schon genau wissen, was in den einzelnen Stadtteilen an preisgünstigen Wohnungsangeboten vielleicht vorhanden ist.

Der Bremer Wohnungsmarkt ist in sich sehr ausgeglichen, wie ich immer wieder feststelle. Mittlerweile gibt es in allen Marktsegmenten und in allen Stadtteilen ein sehr ausreichendes Angebot und durchaus ein Angebotsüberhang an Wohnraum, wobei selbstverständlich ist, dass dieses Angebot an Wohnraum immer den jeweiligen Anforderungen in der Zukunft angepasst werden muss. Wenn die Leute älter wer-

den, müssen natürlich Barrierefreiheit und Wohnungsgröße beachtet werden. Wenn die Haushaltsgrößen sich verändern, müsste man auch die Wohnungsbestände entsprechend anpassen.

Die Mieten liegen je nach Lage und Qualität, über Mieten ist ja eben schon viel gesagt worden, zum Beispiel bei der Gewoba im Schnitt bei 4,65 Euro Netto Kaltmiete. In Neu-Schwachhausen, Baujahre Anfang der Sechzigerjahre, nimmt die Gewoba aber auch 6,50 Euro Netto Kaltmiete. In diesem Preisniveau liegen auch alle Mieten der privaten Vermieter. Da gibt es also keine großen Unterschiede, und deswegen ist die große Wohnungsbaugesellschaft Gewoba dann auch nicht so sozial.

(Beifall bei der FDP)

Aus der Antwort zu Frage 8 ergibt sich auch ganz deutlich, dass es in den letzten fünf Jahren kein einziges Mietwucherverfahren nach Paragraph 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes gegeben hat, also kann man auch davon ausgehen, dass das Wohnen in Bremen doch nicht allzu teuer oder zu teuer ist. Energetische Modernisierungen müssen sich am Ende wirtschaftlich vertretbar rechnen und die Wohnkosten am Ende von den Selbstnutzern, Eigentümern und Mietern auch bezahlt werden können. Deshalb ein deutliches Plädoyer von unserer Seite, die bestehenden Förderinstrumente weiterzuentwickeln und vielleicht auch steuerliche Anreize, Stichwort Reduzierung der Mehrwertsteuer bei entsprechenden handwerklichen Leistungen, anzudenken!

(Beifall bei der FDP)

Zum Ansatz der LINKEN, Sockelversorgung mit Energie! Jeder, der sich vorübergehend oder auch langfristig in einer finanziellen Notsituation befindet, hat einen Anspruch auf eine ausreichende finanzielle Grundversorgung, auch auf gesunde und lebenswerte Wohnverhältnisse, dagegen gibt es ja nichts zu sagen. Über die jeweilige Angemessenheit der Höhe muss immer wieder je nach Marktsituation nachgedacht werden, das haben wir eben schon mit den Obergrenzen besprochen. Eine kostenlose Sockelversorgung birgt jedoch die Gefahr in sich, dass sehr schnell der sorgsame Umgang mit der wertvollen Energie in Vergessenheit gerät. Auch dazu gibt es Erfahrungswerte, zum Beispiel Moskau! Das Gas bekommen wir nun aus Russland, und in Russ-

*) Vom Redner nicht überprüft.

land gibt es überhaupt keine entsprechenden Vorgaben. Gas ist billig, und es wird zum Fenster hinaus geheizt, und das kann dann bei entsprechenden Sockelversorgungsansätzen durchaus dabei herauskommen.

Vielleicht noch ein paar Sätze zu der mehrfach zitierten Broschüre „Um Schimmels willen“! Dass die derzeitigen Beratungsangebote sich in erster Linie an Mieterhaushalte wenden, liegt auf der Hand. Häufig sind die Ursachen nicht so einfach festzustellen, ich bin vorhin schon darauf eingegangen, genannt habe ich schon die Faktoren Unwissenheit und Bequemlichkeit. Keine dem Gebäude entsprechende Belüftung zieht Kondensfeuchte und entsprechende Schäden nach sich. Ein handelsübliches Hygrometer kann da manchmal schon Wunder bewirken. Wenn da ein rotes Lämpchen bei einem bestimmten Feuchtigkeitsgrad der Luft angeht, wird möglicherweise aus Unwissenheit Wissen, weil man dann weiß, wenn das rote Lämpchen blinkt, muss man einmal eben das Fenster öffnen, und wenn das rote Lämpchen aufhört zu blinken, ist es wieder Zeit, das Fenster zu schließen. Solche kleinen Maßnahmen sind über die Beratung auch mit abgedeckt.

In der Broschüre „Um Schimmels willen“ auf Seite 50 kann man nachlesen, dass eine besondere sozialräumliche Verteilung von Feuchtigkeit und Schimmel aus den Daten der Wohnungsbegehung nicht abgeleitet werden kann. Die Ortstermine verteilen sich über die gesamte Stadt. Noch einmal: Selbstverständliches Ziel ist es für uns alle, nicht nur für die Mieter auf Dauer gesunde, lebenswerte Wohnverhältnisse zu gewährleisten. Da brauche ich gar nicht auf das Mietrecht zu verweisen, das ist heute schon oft genug getan worden. Deshalb dürfen auch zukünftig das Beratungsangebot, die Aufklärungsarbeit und die bestehenden Förderinstrumente für energetische Sanierungen nicht heruntergefahren werden. Jede Wohnung mit Schimmel ist eine Wohnung zu viel! - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Es ist schon sehr viel, gerade auch aus dieser Spezialistenperspektive zum Schluss von Herrn Richter, gesagt worden. Ich

will zu der Großen Anfrage durch DIE LINKE sagen, dass es natürlich eine sehr umfassende Anfrage ist. Wir haben uns bemüht, sie sehr umfassend im Rahmen dessen, was wir an Informationen zur Verfügung haben, zu beantworten. Das, finde ich, ist gelungen, danke für die Fragen, trotzdem finde ich, dass Sie es sich in dem Einleitungsteil an manchen Stellen zu einfach machen. Ich will es einmal pointiert sagen: Es ist nicht richtig, dass Schimmel in Bremer Wohnungen ein allgegenwärtiges Phänomen ist. Es ist nicht richtig, dass in Bremen in toto unzumutbare Wohnbedingungen für Familien mit geringeren Einkommen herrschen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Vermutung, die Sie äußern, ist nicht richtig, dass die Familien mit geringem Einkommen deshalb in solchen Bedingungen leben müssen, weil das Sozialressort die Kosten einer angemessenen Unterkunft nicht übernimmt, und es ist viertens und letztens auch nicht richtig - ich zitiere wörtlich -, dass in Bremen „eine warme Wohnung für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen ein unbezahlbares Luxusgut ist“. Das stimmt nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Richtig ist aber, das will ich ausdrücklich zugestehen, dass wir noch im Wohnungsbestand Verbesserungsmöglichkeiten haben, also erst einmal die Bekämpfung der Missstände, die ja in den letzten Tagen und Wochen in der Zeitung auch nachzulesen waren, das ist ein ernstes Thema. Ich glaube auch, dass wir noch besser werden können und müssen bei der energetischen Qualität der Gebäude, dass wir beim Thema Barrierefreiheit besser werden können und müssen, und wir haben auch noch ein gewisses Defizit beim Angebot an kleinen, preiswerten Wohnungen. So gesehen ist nicht alles Gold, aber in toto kann man sagen, wir haben eine Situation in Bremen, die in Bezug auf den Wohnraum qualitativ und quantitativ als akzeptabel zu betrachten, aber noch verbesserungsfähig ist.

Vor dem Hintergrund, dass Feuchtigkeit und Schimmelbildungen in Wohnräumen gesundheitliche Bedeutung haben, befürwortet der Senat ausdrücklich Hilfsangebote, die einkommensschwächere und sozial benachteiligte

Betroffene erreichen wollen, und dazu zählen eine kostenlose und niedrigschwellige Beratung von betroffenen Bewohnern, aber auch zusätzliche Angebote im Hinblick auf Vorbeugungs- und Abhilfemaßnahmen, und in diesem Rahmen haben die Betroffenen die Möglichkeit, sich an die Bauaufsichtsbehörden und an die umwelthygienische Beratung im Gesundheitsamt zu wenden.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Förderangeboten des Landes Bremen selbst zum Thema energetische Förderung und Wohnraumförderung. Es gibt auch - ich komme gleich noch zu der Gewoba - die verschiedenen KfW-Programme, die Programme von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, wo unsere Gewoba eine der größten Kreditnehmerinnen aus der Wohnungswirtschaft in ganz Deutschland ist. Sie sehen also, dass hier durchaus erhebliche Beträge in Anspruch genommen werden. All dies zusammengekommen trägt dazu bei, dass der Wohnungsstandard und damit eben auch die Eindämmung von Mietnebenkosten in Bremen auf einem guten Weg sind, aber, wie gesagt, auch noch besser werden können.

Es ist zwar richtig, Herr Richter, dass nicht alles öffentliche oder halböffentliche Unternehmen sind, aber es ist schon, glaube ich, eine Sondersituation, die wir hier mit der Gewoba haben, dass sie eben als Gesprächspartnerin und vor allen Dingen als Unternehmen mit sozialpolitischem Gestaltungsanspruch hier zur Verfügung steht, und das kann man nun auch nicht kleinreden, das ist in der Tat ein Dissens. Wir glauben als Senat ausdrücklich und wir bekennen uns dazu, dass die öffentliche Hand mehrheitliche Eigentümerin der Gewoba bleiben muss.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, die FDP will sie ja verkaufen, das passt irgendwie nicht so richtig zusammen!)

Abschließend will ich zu den spezifischen Aspekten der besonders einkommensschwachen Gruppen etwas sagen! Es darf nicht außer Betracht gelassen werden, dass die Beschaffenheit einer Wohnung als Mietsache - wer wüsste das besser als Sie, Herr Richter? - grundsätzlich Gegenstand des privatrechtlichen Mietverhältnisses ist. Der Mieter und der Vermieter sind also verantwortlich, es obliegt allein deshalb dem Mieter, etwaige Ansprüche we-

gen Schimmelbefalls gegenüber dem Vermieter notfalls auch mit anwaltlicher und gerichtlicher Hilfe mit durchzusetzen. Dafür können Menschen mit geringem Einkommen beim Vorliegen der entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen Beratungs- und Prozesskostenhilfe in Anspruch nehmen. Sowohl durch die gesetzlichen Regelungen des Sozialgesetzbuches und des Wohngeldgesetzes als auch durch Ausführungsbestimmungen, darüber hat die Kollegin Garling gesprochen, des Sozialressorts zum SGB ist sichergestellt, dass auch Haushalten mit geringem Einkommen ein menschenwürdiger Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

Diese Ausführungsbestimmungen zur Übernahme der Kosten der Unterkunft - und das ist etwas Besonderes - für Haushalte mit Transferinkommen berücksichtigen das örtliche Mietniveau in den einzelnen Stadtteilen, damit kein unmäßiger Druck ausgeübt wird umzuziehen, wenn man in eine sozial prekäre Situation kommt.

Haushalte mit geringem Einkommen, die keine Transferleistungen beziehen, erhalten inzwischen ein erheblich verbessertes Wohngeld. Wir haben gerade darüber gesprochen, vor wenigen Monaten erst hat der Bundesrat auch auf Antrag und mit Unterstützung Bremens beschlossen, dass das Wohngeld erhöht wird, wobei erstmalig auch ein Zuschuss zu den Heizkosten gewährt wird.

In toto würde ich sagen, es gibt Probleme, gerade die, die wir namentlich nicht genannt haben, die aber in den Zeitungen nachzulesen waren. Wir müssen sie sehr ernst nehmen und unbedingt aufpassen, dass es in diesen Gebieten nicht zu einer Abwärtsspirale kommt, denn solche Beispiele haben ja im negativen Sinne auch Ausstrahlungskraft. Aber wir sollten auch nicht in Alarmismus machen und so tun, als wenn Wohnen für einkommensschwache Gruppen nicht möglich wäre, denn das ist nicht der Fall. Insofern stimme ich Ihnen an dieser Stelle nicht - jedenfalls nicht in der Pauschalität - zu. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE Kenntnis.

Erhalt des Freibades Blumenthal sichern

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Januar 2009
(Drucksache 17/276 S)

Wir verbinden hiermit:

Perspektive für Freibad Blumenthal schaffen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Februar 2009
(Drucksache 17/277 S)

und

Blumenthaler Freibad erhalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 17. Februar 2009
(Drucksache 17/282 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Freibad Blumenthal wurde vor vielen Jahren auf Druck einer Bürgerinitiative gebaut und sollte als Ersatz für das weggefallene Weserbad dienen. Wegen der Verunreinigung der Weser wurde dieses Bad als gesundheitsgefährdend eingestuft und durfte nicht mehr benutzt werden.

Anfang der Neunzigerjahre wurde das Bad aus dem Konzept der Bremer Bäder ausgegliedert, und der Betrieb wurde wiederum erst durch massiven Bügereinsatz und die Gründung eines „Kuratoriums Freibad Blumenthal“ mit viel ehrenamtlichem Engagement aufrechterhalten. In dieser Zeit musste aber auch regelmäßig um Zuschüsse der Stadt gekämpft werden. Der Badebetrieb konnte aufrechterhalten werden, und die dringendsten Reparaturen wurden finanziert, aber zu mehr Unterstützung konnte sich der Senat nicht durchringen. Deshalb gab es in jedem Jahr Anträge und Beschlüsse des Blumenthaler Beirats zum Fortbestand des Bades, und auch die Bevölkerung kam zu Demonstrationen und unterstützte das Bad mittels öffentlichkeitswirksamer Aktionen.

Ich bitte an dieser Stelle zu bedenken, dass dieses Bad ursprünglich einen Einzugsbereich von etwa 30 000 Blumenthaler Bürgerinnen und Bürgern hatte. Es gibt noch das Kombibad in Vegesack, und es gab das Heidbergbad in Lesum, das aber in den letzten Jahren ebenfalls geschlossen wurde, sodass für den gesamten Bremer Norden mit fast 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern jetzt nur noch das relativ kleine und verhältnismäßig teure Kombibad in Vegesack zur Verfügung steht, das im Sommer zudem meist überlaufen ist.

Vor dem Hintergrund, dass in Blumenthal inzwischen sehr viele einkommensschwache und kinderreiche Familien wohnen, die sich einen Sommerurlaub nur in seltenen Fällen leisten können, übernimmt das Bad auch eine wichtige soziale Funktion im Stadtteil. Hier können sich die Kinder und Jugendlichen nämlich nachmittags und in den Ferien austoben, denn viele andere Möglichkeiten gibt es im Stadtteil nicht.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Der Trägerverein Freibad Blumenthal, der das Bad jetzt führt, konnte im letzten Jahr durch den Bau eines Brunnens fast 50 Prozent der Wasserkosten einsparen. Die dringend notwendigen technischen Sanierungen kann der Verein aber mit den Mitteln, die er zur Verfügung hat, nicht leisten. Das Blumenthaler Bad muss für die Bevölkerung erhalten werden!

Das Betreiben von Freibädern gehört nach Ansicht der LINKEN zur öffentlichen Aufgabe, und eine entsprechende öffentliche Förderung ist notwendig. In welchem rechtlichen Rahmen das geschieht, ob mit dem Trägerverein oder unter dem Dach der Bremer Bäder, muss geprüft werden, aber der Fortbestand des Bades darf nicht in Frage gestellt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Uns ist es ganz wichtig, dass der Beschluss des Beirats in die Entscheidungsfindung einfließt. Die Weser ist in Blumenthal immer noch stark verunreinigt, sodass das Baden dort weiterhin verboten sein wird. Außerdem sollte an dieser Stelle auch einmal das starke Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie das Engagement des Beirats honoriert werden. Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

Zwei Sätze zum Antrag der FDP: Bei Ihrem Antrag werden wir uns enthalten, da wir noch

nicht genau erkennen können, in welche Richtung Ihre Politik gehen soll. Wir haben vage Vermutungen, möchten aber in dieser wichtigen Frage keine Absichten unterstellen, die sich gegen die Interessenlage der Nordbremer Bevölkerung richtet.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Sie hätten uns ja fragen können!)

Unser Antrag ist nicht neu. Er liegt Ihnen genau genommen schon seit Januar vor, nachdem der Beirat seinen Beschluss gefasst hat. Bereits im Januar wurde uns signalisiert, dass die Koalition einen eigenen Antrag auf den Tisch legt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Da liegt er ja!)

Die Ankündigung war da, aber dass die Formulierung des eigenen Antrages so schwierig ist und dieser deshalb erst heute Mittag auf dem Tisch liegt, führt in unserer Fraktion doch zu großem Erstaunen!

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das war unsere Absicht!)

Bei Ihrem Antrag werden wir uns ebenfalls enthalten, weil wir nicht eindeutig den Willen der Bevölkerung und den Beschluss des Beirats wiederfinden können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden macht Spaß, Schwimmen gehen ist etwas Schönes, und wer das ab und an tut, vielleicht auch mit seinen Kindern, weiß, dass es - auch von den Rahmenbedingungen her - in einem Schwimmbad etwas gänzlich anderes ist als in einen der umliegenden Baggerseen, zum Beispiel im Umland Bremen-Nord, wie es in den Diskussionen empfohlen worden ist. Das sind alles keine Alternativen! Das Freibad in Blumenthal ist nachgefragt, es gibt in der Bevölkerung ein hohes Engagement für das Bad, es gibt einen Förderverein, der sich dafür einsetzt, und die Menschen identifizieren sich mit diesem Schwimmbad.

Auf die Frage, wie viel Bad in Bremen-Nord nötig ist, ist schon eingegangen worden. Das Bad in Vegesack ist überlaufen, und die FDP in Bremen und Bremen-Nord und in Blumen-

thal setzt sich für den Erhalt des Bades ein. Die Wasserlandschaft als Alternative ist von uns nicht gewollt, sie ist im Moment ein Plan, der nicht umgesetzt werden sollte, bevor man nicht einige Fragen geklärt hat. Entsprechend fordern wir in unserem Antrag Wirtschaftlichkeitsberechnungen, denn wir können einem Konzept, das im Beirat beschlossen ist, nicht ohne Weiteres einen Persilschein ausstellen, wie es DIE LINKE tut. Deswegen werden wir dem Antrag der LINKEN nicht zustimmen.

Wir können nicht sagen, ob dieses Konzept tragfähig ist. Das Konzept muss aber ein tragfähiges sein, es muss klar sein, wie hoch der Zuschuss- und Investitionsbedarf ist, und es muss klar sein, wie das Ganze finanziert wird und wie es sich im Haushalt darstellt. Dies muss aufgezeigt werden, deswegen fordern wir Wirtschaftlichkeitsberechnungen, und deswegen fordern wir Sie von der LINKEN und von der Koalition und der CDU auf, unserem Antrag zuzustimmen, damit klar wird, dass im Rahmen der Landeshaushaltsordnung gedacht und geplant wird.

Wir haben nichts gegen den Antrag der Koalition, Prüfungen schaden nie, der Senat hat die Prüfung auch schon angekündigt. Insofern werden wir schon in Kürze, nachdem am 24. und 26. Februar in den Deputationen offenbar wird, was der Senat über die Verwendung der Gelder des Konjunkturpakets beschlossen hat, sehen, was angedacht ist. Am 9. März 2009 werden wir uns in der Bürgerschaft damit befassen müssen. Insofern werden die Prüfaufträge zeitnah abgearbeitet, und wir werden sehen, wie es gelingt, das Bad in Blumenthal zu retten. Ich glaube, dieses Ziel teilen viele, und es zu erreichen, wäre schön für die Menschen in Bremen-Nord und insbesondere für die Schwimmer.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bad in Blumenthal ist schon sehr viel länger in der Diskussion. Ich glaube, es gibt gute Gründe, darüber nachzudenken, ob und wie das Bad weiterbetrieben wird. Man muss nicht so tun, als ob all die Gedanken, die sich damit beschäftigt haben, dieses Bad möglicherweise nicht mehr weiterzufinanzieren, völlig unsinnig gewesen seien, das ist in der Tat nicht so. Ich glaube, dass die Frage nach der Finanzierung in einem Haushaltsnotlage-

land deutlich berechtigt ist, und die Fragen sind auch geprüft worden.

Wir sind nun in einem relativ normalen Verfahren, der Beirat ist nämlich beteiligt worden. Vor Ort im Beirat selbst war über Parteigrenzen hinweg sehr deutlich der Wille zu spüren, dass dieses Bad erhalten bleiben soll. Wir als Grüne und auch die Sozialdemokraten haben sich dem angeschlossen, und wir haben erklärt, dass wir daran arbeiten, dieses Bad auf vernünftige Grundlagen zu stellen, um es zu erhalten.

Wenn die Kollegin Nitz von der LINKEN nun sagt, wir würden das Engagement der Blumenthaler Bevölkerung nicht richtig würdigen, verstehe ich es wirklich nicht. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus dem gemeinsamen Antrag von Rot-Grün, der anfängt mit: „Seit Jahren gibt es ein hohes Engagement der Blumenthaler Bevölkerung zum Erhalt des Freibads.“ Deutlicher kann man das hohe Engagement der Bevölkerung in Blumenthal meiner Meinung nach fast nicht ausdrücken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir könnten vielleicht statt „hohes Engagement“ „ganz hohes Engagement“ sagen, aber das Wesen ist - und ich glaube, das ist allen klar geworden -, dass es in der Blumenthaler Bevölkerung ein großes Interesse gibt, dieses Bad zu erhalten. Wenn man sich die Antragslage ansieht, stellt man fest, dass es mittlerweile zu diesem Thema drei Anträge gibt, das wird der Bedeutung Bremen-Nords und dieses Bads vollkommen gerecht, drei Anträge, die eigentlich im Kern die Botschaft aussenden: Wir wollen, dass dieses Bad erhalten bleibt!

Die rot-grüne Regierung hat insbesondere durch den Bürgermeister Böhrnsen, aber auch durch die Finanzsenatorin Karoline Linnert deutlich gemacht, dass wir nicht wollen, dass ein „Weitergewurschtel“ wie bisher gemacht wird, „Weitergewurschtel“ in dem Sinne, dass man das Allernötigste an Zuschuss gewährleistet hat, das Bad aber nicht wirklich sanieren konnte. Wir werden daran arbeiten, ein Sanierungskonzept zu erstellen, um dieses Bad auf vernünftige, richtige Füße zu stellen. Das kann konzeptionell möglicherweise so aussehen, dass man die Wasserfläche verkleinert, dass man Modernisierung in der Energieversorgung macht, Ähnliches mehr, um den Zuschuss des Blumenthaler Bads längerfristig in den Griff zu bekommen, auch um die Attraktivität des Bads

für die Blumenthaler Bevölkerung, die uns ja sehr am Herzen liegt, zu erhöhen. Das ist die erklärte Absicht des Senats.

Der Antrag der FDP ist mir, ehrlich gesagt, auch ein bisschen undurchsichtig, da weiß ich noch nicht recht, was die FDP eigentlich wirklich möchte, außer dass ich begriffen habe, Herr Dr. Buhler, dass Sie auch finden, dass Schwimmen Spaß macht, das ist natürlich ein bisschen Geschmacksache.

(Abg. Dr. Buhler [FDP]:
Andere gehen baden!)

Aber es geht darum, dass wir in Blumenthal durch unseren Antrag deutlich machen, dass wir in dem jetzigen Verfahren prüfen werden, wie wir es hinbekommen, das Finanzielle zu stemmen, denn da geht es nicht um sehr wenig, sondern um richtig Geld, um dieses Bad auf ordentliche Füße zu stellen. Das muss geprüft werden, und wir können es erst in den Haushaltsberatungen richtig festklopfen, vorher kann man nur Absichtserklärungen abgeben. Am Ende der Veranstaltung wird es um die Frage gehen, wie und woraus es bezahlt wird. Ich finde die Möglichkeit, es im Konjunkturprogramm II unterzubringen, nicht nur abwegig, denn es geht tatsächlich um einen benachteiligten Stadtteil, der dieses Bad gerade auch für Jugendliche offenhalten will.

Wir werden den Antrag der LINKEN ablehnen, wir werden den Antrag der FDP ablehnen und unserem eigenen Antrag - aber das ist natürlich immer so - zustimmen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Der ist aber auch der beste!)

Er ist auch deutlich der beste Antrag, weil er nämlich tatsächlich sagt, dass wir in dem Verfahren der Beiratsanhörung weitermachen und konzeptionell arbeiten. Das Ziel, das Bad zu erhalten, das kann ich für die rot-grüne Regierung deutlich sagen, ist uns sehr bewusst, und daran werden wir vernünftig arbeiten. Am Ende wird es eine vernünftige Lösung geben, die auch die Bremen-Norder, insbesondere die Blumenthaler, glücklich machen wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war uns allen im letzten Sommer schon klar, dass es so mit dem Blumenthaler Freibad nicht weitergehen konnte und eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden musste. Insofern war es auch richtig, dass der Senat eine Arbeitsgruppe einberufen hat, um hier Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Das rein monetäre Ergebnis dieser Arbeitsgruppe kann niemanden überraschen. Freibäder sind Zuschussbetriebe, sie werden es immer bleiben, und dabei bildet natürlich auch das Blumenthaler Freibad keine Ausnahme. Auch wir werden es, wenn das Freibad weiter betrieben wird, sicherlich nicht kostendeckend betreiben können.

Auf der Suche nach einer alternativen Bademöglichkeit wurde die Idee einer Wasserlandschaft geboren, das wurde aber von der Blumenthaler Bevölkerung gleich mit den Hinweisen abgelehnt, mit einem Tümpel lassen wir uns nicht abspesen, in anderen Stadtteilen wurde viel Geld in neue Bäder investiert, wir hier in Blumenthal möchten nicht in Tümpeln baden. Das ist klar, wer diesen Protest nachvollziehen will, muss aber auch die Geschichte des Blumenthaler Bades kennen. Meine Kolleginnen und Kollegen haben es hier eben schon aufgezeigt, das Blumenthaler Bad wurde in den letzten Jahren von Initiativen in Eigenregie betrieben, mithilfe der öffentlichen Hand, aber mit mehr und mehr Eigeninitiative und Geld, welches von privaten Sponsorinnen und Sponsoren kam. Das ist in Blumenthal kein Einzelfall, viele andere öffentliche Einrichtungen sind gestrichen worden. Auch hier haben private Initiativen Platz gegriffen, um für die Blumenthaler Bevölkerung diese Angebote weiter aufrechtzuerhalten.

Der Wandel von einem Industriestandort zu einem modernen Dienstleistungs- und Gewerbestandort ist in Blumenthal noch lange nicht vollzogen. Das spüren wir überall, und auch die Auswirkungen in den Stadtteil hinein sind sehr groß. Blumenthal ist aber auch ein Stadtteil, und das dürfen wir nicht vergessen, der mit die meisten Kinder und Jugendlichen hat. Ein sehr junger Stadtteil also, und es ist sehr wichtig, gerade für diese Kinder und Jugendlichen etwas vorzuhalten, wo sie toben können, wo sie sich engagieren können, wo sie Sport treiben können. Dafür ist solch ein Schwimmbad natürlich genau der richtige Ort, wo sie dies alles machen können, ein Treffpunkt nicht

nur für Kinder und Jugendliche, auch für die Familien aus dem Stadtteil.

Der Beirat Blumenthal, auch das wurde hier schon erwähnt, hat sich in unzähligen Beschlüssen für den Erhalt des Freibades ausgesprochen und immer wieder sehr hohe Beiratsmittel hineingegeben. Auf der letzten Sitzung des Beirates Blumenthal, der großen öffentlichen Sitzung am 12. Januar dieses Jahres, wurde der Beschluss gefasst, das Freibad wieder in die Bremer Bädergesellschaft einzugliedern. Diesen Punkt haben wir in unseren heute vorliegenden Antrag aufgenommen, und wir bitten den Senat, dies hier auch zu prüfen. Wir sind der Meinung, dass durch die Bewirtschaftung durch die Bremer Bäder hier ein verlässlicher, auf Dauer ausgerichteter Badebetrieb gewährleistet wird und der Bevölkerung in Blumenthal dann auf Dauer ein gutes Bad zur Verfügung gestellt werden kann.

Dabei ist uns aber auch bekannt, und das ist ganz wichtig, dass die Bremer Bäder dieses Bad nicht zum Nulltarif führen können, und da es mehr als eine reine Sportanlage ist, kann ein entsprechender Ausgleich nicht allein aus dem Sporthaushalt entnommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Hier erwartet die SPD-Fraktion vom Senat einen entsprechenden Lösungsvorschlag.

Aber eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich doch noch hier anführen, was mich doch sehr gewundert hat. Wir haben gesagt, das Bad hat sicherlich eine soziale Aufgabe, aber Schwimmen ist letzten Endes auch noch ein Sport, und das Schwimmbad ist auch eine Sportanlage. Deswegen habe ich mich maßlos gewundert, warum sich der Landessportbund in seiner Stellungnahme dem Senat gegenüber für die Schließung des Freibades ausgesprochen hat. Das ist etwas, was ich bis heute nicht verstanden habe. Ich denke auch, hier muss der Landessportbund noch einmal Farbe bekennen, ob Schwimmen ein Sport ist oder nicht.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Antrag der Großen Koalition

(Abg. Röwekamp [CDU]: Es gibt sie doch noch!)

- auf Bundesebene, genau! -, den Antrag der rot-grünen Koalition zu unterstützen, und zwar deswegen, weil er die konkreteren Prüfungsvorgaben an den Senat richtet, weswegen wir

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

auch besser und schneller zu einer Entscheidung hier kommen. Denn das Freibad wollen wir, und das ist, glaube ich, hier heute in der Debatte deutlich geworden, alle ganz gern erhalten. Aber mit Erhalten ist es nicht getan, ich würde mich auch freuen, im Sommer ganz viele Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familien, mit Freunden, Bekannten im Freibad wieder zu treffen, nicht nur hier zu stehen und darüber zu reden! Schauen Sie es sich selbst an, gehen Sie dort schwimmen, lernen Sie Blumenthal kennen! - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat darauf verzichtet, noch einen vierten Antrag beizulegen, denn ich glaube, es mangelt zu diesem Thema nicht an Anträgen, es mangelt doch ein bisschen an belastbaren Konzepten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Alle können betonen, das ist ein ganz wichtiges Bad für uns, aber wir haben bisher noch nicht vom Senat gehört, wie denn tatsächlich konzeptionell dieses Bad gerettet werden kann. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, es gab eine Arbeitsgruppe, die sich zur Zukunft des Bades Gedanken machen sollte, herausgekommen ist eine Wasserlandschaft anstelle des Freibadbetriebes in Bremen-Nord. Es gab eine fachliche Beurteilung seitens verschiedener Senatsressorts, dort war das Sportressort genannt, das Sozialressort, das Ressort für Inneres. Aus fachlicher Sicht, das hat man in der Senatsvorlage gesagt, gibt es keinen Bedarf, dieses Freibad fortzuführen. Dann frage ich mich, meine Damen und Herren: Weiß der Senat, was eigentlich in Bremen-Nord, speziell in Blumenthal los ist?

Es ist mir ganz wichtig zu betonen, meine Damen und Herren, die Mitte Bremens liegt in Bremen-Nord! Auch wenn das nur eine geografische Aussage ist, zeigt es doch, wie weit Farge-Rekum eigentlich vom Stadtzentrum oder auch von Grambke entfernt ist, nämlich genauso weit wie Osterholz-Tenever von Grambke. Es ist ein langer Stadtteil mit 100 000 Einwohnern, meine Damen und Herren. Ich habe das schon in den Debatten mei-

ner Vorredner hier gehört, alle loben so sehr das bürgerliche Engagement, das Engagement des Vereins, der Bürger in Blumenthal, ja, in der Tat, der Vereinsvorstand selbst hat bisher ein Konzept vorgelegt, was man diskutieren kann, was sicherlich nicht in wirtschaftlichen Grundsätzen als belastbar anerkannt werden kann, weil das schon angeklungen ist. Das Freibad kann man nur mit Subventionen offenhalten, aber dann muss man dazu auch bereit sein, meine Damen und Herren. Der Vorstand dieses Vereins, der eigentlich gar nicht die Aufgabe hat, sich konzeptionell damit auseinanderzusetzen, hat sich Gedanken gemacht, wie es gerettet werden könnte. Das erwarten wir jetzt auch vom Senat.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen kurz sagen, wie wir uns heute in der Abstimmung verhalten werden. Wir werden uns zum Antrag der rot-grünen Koalition in dem ersten Punkt dafür aussprechen, wir werden das mitbeschließen, allerdings im zweiten Punkt werden wir uns enthalten. Für uns ist nicht ersichtlich, warum dies aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden sollte, wir haben auch gar kein Konzept, kein wirtschaftlich belastbares Konzept. Wie heißt es dort in dem kurzfristig vorgelegten Antrag? „Eingliederung in die Bädergesellschaft“, das muss man sich auch erst ganz genau anschauen! Darum werden wir uns dabei enthalten.

Wir werden uns auch nicht für den Antrag der Fraktion DIE LINKE entschließen, weil er auch die Kostenfrage und die wirtschaftliche Frage komplett ausblendet, sondern wir werden in weiten Teilen dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen, bis auf den zweiten Punkt. Es geht jetzt vielleicht ein bisschen schnell, der zweite Punkt ist die Aussage zum Thema Wasserlandschaft. Wer sich ein bisschen im Badebetrieb auskennt, der weiß, dass, wenn man einen Badebetrieb in einer Wasserlandschaft machen möchte, man auch eine DLRG-Station, eine Lebensrettungsstation, bereitstellen muss. Wir haben das im Sportparksee Grambke erlebt. Es gibt verschiedene EU-Richtlinien, die genau die Absinkwinkel der Uferböschungen vorsehen, das ist alles mit einer Wasserlandschaft nicht realisierbar.

Es ist auch nicht die Argumentation im Blumenthal, dass man sich einfach nicht nur mit einem Tümpel abspeisen lassen will, sondern das sind alles Fragen, die man dann auch klären muss. Wir sagen also, bei dem zweiten Punkt des FDP-Antrags werden wir nicht dafür sein, sondern wir werden nur dem ersten, dritten und vierten Punkt zustimmen, meine Da-

*) Vom Redner nicht überprüft.

men und Herren. Dann soll der Senat seiner Aufgabe hier auch nachkommen und ein belastbares Konzept für dieses Freibad in Blumenthal vorlegen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bartels, mir ist an dieser Stelle durchaus auch noch einmal wichtig zu sagen, dass es niemanden hier im Hause gibt, der so tun sollte, als ob man über die Frage der Zuschüsse für das Blumenthaler Bad nicht sehr kritisch in der Sportdeputation nachgedacht hat. Ich finde, das muss man redlicherweise an dieser Stelle sagen, denn der Zuschussbedarf ist ja durchaus nicht niedrig gewesen, es hat aber nie gereicht, um zu einer wirklich vernünftigen Lösung zu kommen. Wir haben uns im Grunde genommen von Sommer zu Sommer „durchgewurschtelt“, jeder Rohrbruch war ein mittleres Problem für das Bad.

Jetzt sind wir an der Stelle, wo wir tatsächlich sagen, wir wollen ein vernünftiges Konzept, was dazu beiträgt, dieses Bad zu erhalten. Mein großer Respekt vor dem Verein, ehrenamtlich geführt, den will ich hier gar nicht kleiner machen, ich glaube aber, wenn wir wirklich richtig Geld in die Hand nehmen für das Bad, dann ist es klug, das die Bremer Bädergesellschaft machen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt aber überhaupt nicht, dass der Verein nicht weiterhin nützliche Aufgaben für Blumenthal und für dieses Bad haben kann. Man muss aufpassen, dass man den Verein an dieser Stelle nicht kalt abserviert, das wollen wir auch nicht. Der Verein soll seine wichtige Bedeutung für das Bad behalten, aber ich glaube, dass wir bei einer richtigen, vernünftigen Sanierung das die Bädergesellschaft machen lassen sollten.

Der zweite Punkt ist, dass man sich natürlich darüber Gedanken machen muss, wie die weitere Finanzierung vonstatten gehen kann. Es kann nicht sein, dass es die Bädergesellschaft dann wieder ins Trudeln bringt, die jetzt vielleicht gerade auf einem einigermaßen gescheiterten Weg ist. Jeder weiß, und das ist überhaupt

kein Geheimnis, dass ein Freibad nicht kostendeckend zu führen ist. Das ist so, es wird ohne Zuschuss nicht gehen! Wir wollen aber, dass die Zuschüsse minimiert werden, soweit es irgendwie geht, durch moderne Technologie, durch vernünftige Attraktivität des Bades. Das heißt, dass auch die Besucher, die ja auch von der Kollegin Frau Arnold-Cramer aufgerufen wurden, tüchtig baden zu gehen, natürlich wichtig sind, das Bad auch als eine attraktive Freizeit- und Sportmöglichkeit annehmen.

In diesem Sinne bin ich dann ganz nah bei Ihnen zu sagen, wir fordern den Senat auf, ein Konzept zu entwerfen, aber Herr Bartels, ich kann sagen, genau das hat der Senat jetzt vor. Genau das ist die Absicht, das zu tun.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Warum müssen wir ihn dazu noch auffordern?
Weil Sie einen Antrag stellen!)

Nein, das brauchen wir nicht! Ich wollte nur einmal den Kollegen Bartels ein bisschen unterstützen, dass wir auch der Meinung sind, dass es ein vernünftiges Konzept geben muss. Ich bin zuversichtlich, dass wir das bekommen, weil die rot-grüne Regierung deutlich erklärt hat, dass sie genau dies tun möchte.

Ein Punkt noch: Ich glaube, Frau Arnold-Cramer, dass der Landessportbund bei aller Kritik, die man ja auch haben kann, durchaus weiß, dass Schwimmen Sport ist. Daran gibt es keinen Zweifel. Ich glaube, dass es immer die Frage in dieser Stadt ist, wo welches Geld hingeht, und wenn das Geld knapper wird, wird der Streit umso größer. Ich glaube, das war gut und richtig, dass wir in Bremen-Nord für dieses Bad gekämpft haben und dass die Bevölkerung gekämpft und deutlich gemacht hat, dass sie nicht will, dass das letzte Freibad in Bremen-Nord geschlossen wird.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Was stimmt daran nicht? Bremen-Nord ist, wie hier schon gesagt worden ist, ein Fünftel der Stadt. Wir haben in der gesamten Stadt 15 Bäder, und in Bremen-Nord haben wir das eine Hallenbad in Vegesack und das Freibad Blumenthal. Wenn man sich die Aufteilung auf die Stadt anschaut, dann gibt es gute Gründe, Herr Pohlmann, dass wir in Bremen-Nord für dieses Bad eintreten und das auch als Rot-Grün tun. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich nur gemeldet, damit hier nicht der falsche Eindruck entsteht, wir seien Freunde von irgendwelchen Wasserlandschaften. Wir haben in dem Antrag gefordert, die Pläne für eine Wasserlandschaft auszusetzen, bis alternative Planungen vorliegen. Wenn diese vorliegen, kann man entscheiden, dass man etwas anderes macht. Wenn es nach uns ginge, dann macht man etwas anderes, nämlich den Weiterbetrieb des Bades, Investitionen und so weiter. Dafür wollten wir die Wirtschaftlichkeitsberechnung, nur damit das nicht falsch verstanden wird wie bei Herrn Bartels. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann sowohl als Senator für Sport als auch als Senator für Inneres dazu etwas sagen, und beide Sachen passen nicht ganz zusammen. Sie haben es ja mitbekommen, die Zustimmung des Landessportbundes werden Sie dazu nicht bekommen, Sie werden auch nicht die Zustimmung der Deputation für Sport dazu bekommen. Der Hintergrund ist einfach zu erklären.

Dieses Bad hat am 1. Januar 1995 den Club der Bädergesellschaft verlassen. Das war ein Schritt gewesen, der dazu geführt hat, dass aus dem Sportetat die ganzen Jahre über erhebliche Zuwendungen zu tätigen waren in der Größenordnung von bis zu 70 000 Euro jährlich. Wenn ich mir anschau, wie viel Geld uns im Sportbereich zur Verfügung steht: Wir haben einen ganz kleinen Etat von gerade einmal 10 Millionen Euro, davon überweisen wir gleich am Jahresanfang drei Millionen Euro für die Bädergesellschaft, eine Millionen Euro bekommt noch der Landessportbund, um die Trainerpauschalen zu bezahlen, und mit dem Rest, das sind gerade einmal sechs Millionen Euro, unterhalten wir die Bezirkssportanlagen, wir kaufen Strom, Gas und Wasser ein, und am Ende bleibt kaum etwas übrig, was wir dann noch ausschütten können, um dringende Investitionsmaßnahmen der Vereine zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie auch zu bedenken, dass das eine ganz andere Situation und auch eine ganz andere Sicht der Dinge ist, wenn man sich entscheiden muss, ob man für dieses Bad Mittel zulasten der anderen Vereine bereitstellt. Deswegen sage ich auch als Sportsenator, das kann man nicht machen, das ist auch unfair gegenüber den anderen Vereinen. Wenn man sich für eine andere Lösung entscheidet, dann muss dies eine Finanzierung sein, die außerhalb des Sportressorts organisiert wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit bin ich beim Senator für Inneres. Als Senator für Inneres sehe ich das ganz anders.

(Heiterkeit)

Ich habe ja inzwischen meine einschlägigen Erfahrungen in Bremen-Nord gemacht. Ich kenne diesen Stadtteil, ich kenne die Probleme, und ich weiß, wie notwendig es ist, Kinder und Jugendliche gerade in diesen problematischen Stadtteilen sinnvoll zu beschäftigen. Sport kann das, und Bäder können das auch. Deswegen, wenn man schon Vereine hat, die sich so für ihren Stadtteil engagieren, ist es doch naheliegend, ihnen zu sagen, wir organisieren das mit euch, wir kümmern uns vielleicht um die Technik, das kann unsere Bädergesellschaft mit Sicherheit besser, aber wir wollen euer Engagement nutzen, damit sinnvolle Angebote für den Stadtteil organisiert werden, das soll eigentlich zukünftig eure Hauptaufgabe sein. In diesem Sinne macht das auch aus der Sicht des Innenressorts alles einen Sinn. Soweit die Beschreibung!

Was haben wir getan? Wir waren am 21. Januar im Rathaus eingeladen - ich sage wir, das war der Präsident des Senats, das war die Bürgermeisterin und der Beirat, das Ortsamt, die Fördervereine -, und wir waren uns alle einig gewesen, dass eine langfristige Zukunftssicherung die einzige vernünftige Antwort auf diese sehr problematischen Entwicklungen der letzten Jahre ist. Ich habe den Auftrag bekommen, erstens sicherzustellen, dass in diesem Jahr der Badebetrieb gewährleistet wird, und zweitens, dass wir uns überlegen und prüfen, was dann geschieht. Das heißt, eine Sanierung kann eigentlich ja nur nach Ablauf dieser Badesaison organisiert werden, und daran arbeiten wir gemeinsam mit der Bädergesellschaft, die, glaube ich, da sinnvollerweise ihren gesamten Sachverstand einbringen wird. Wir müssen schauen, was die Sache kostet, und

wir wissen natürlich auch, dieses Bad wird auch zukünftig einen Zuschussbedarf haben.

Es gibt in dieser Republik überhaupt kein Bad, glaube ich, das ohne Geld auskommen kann. Aber wir müssen darauf achten, dass wir hier wirklich mit den Mitteln sehr sparsam umgehen und dass wir nicht in Lösungen investieren, die nachher wieder zu neuen Problemen führen. Da sind wir dran, wir brauchen ein bisschen Zeit dafür, und ich gehe auch nicht davon aus, dass wir in 14 Tagen nun bereits ein Konzept vorlegen werden. Wie gesagt, wir haben Zeit, erstens, weil der Badebetrieb in diesem Jahr gesichert ist, und zweitens, weil wir das dann in der Tat so organisieren müssen, dass nach Beendigung der Badesaison ab August/September dann langsam auch die Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden. Wir sind auf einem guten Weg. Ihre Anträge und Beschlüsse sind dafür eine Hilfe, und in diesem Sinne denke ich, werden wir dieses Thema Blumenthal und das Bad abschließen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/276 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der FDP abstimmen.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Punkte 1, 3 und 4 abstimmen.

Wer den Punkten 1, 3 und 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Punkte 1, 3 und 4 ab.

Nun lasse ich über den Punkt 2 abstimmen.

Wer dem Punkt 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die
Grünen)

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Punkt 2 ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 17/282 S abstimmen.

Auch hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Als Erstes lasse ich über den Punkt 1 abstimmen.

Wer dem Punkt 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Punkt 1 zu.

Jetzt lasse ich über den Punkt 2 abstimmen.

Wer dem Punkt 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU und DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Punkt 2 zu.

**Gedenken an die Bremer Räterepublik:
Denkmäler bewahren**

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 10. Februar 2009
(Drucksache 17/280 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Emigholz.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste rufe ich auf Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Es ist etwas schwierig heute, von Thema zu Thema zu springen. Ich möchte versuchen, den Antrag mit dem angemessenen Ernst vorzutragen. Dazu ist es notwendig, zumindest holzschnittartig darzustellen, wie die Situation damals war.

Die Bremer Räterepublik war eine Folge der Novemberrevolution von 1918 und wurde am 10. Januar 1919 ausgerufen. Es bildete sich ein Rat von Volksbeauftragten, der sich als Nachfolger des Senats verstand. Der Soldatenrat, die USPD sowie die KPD entsandten je drei Vertreter in dieses Gremium. Bereits vor der Ausrufung der Räterepublik hatten sich Kräfte der bremischen Wirtschaft an die Reichsregierung gewandt, um für ein militärisches Eingreifen gegen die Revolution zu werben. Diese sah sich zunächst nicht zu militärischen Maßnahmen imstande, was sich jedoch nach der Niederschlagung des Berliner Spartakusaufstands änderte.

Die Räteregierung wurde in der Nacht zum 30. Januar 1919 aufgefordert, die Arbeiter zu entwaffnen. Das Ansinnen wurde von den Vertreterinnen und Vertretern der Regierung abgelehnt. Der damalige Reichswehrminister Gustav Noske erteilte daraufhin in der ersten Februarwoche den Befehl zur Niederschlagung der Bremer Räterepublik. 28 bewaffnete Arbeiter sowie 29 Zivilisten kamen ums Leben, darunter auch sechs Kinder und fünf Frauen. Zu Ehren der bei der Verteidigung der Bremer Räterepublik Gefallenen wurde 1922 an dem gemeinsamen Grab auf dem Waller Friedhof aus privaten Spendengeldern das von Bernhard Hoetger gestaltete Denkmal errichtet und eingeweiht. Die Gedenkstätte wurde dann 1933 durch Faschisten zerstört, die Grabanlage wurde aufgelöst. Erst 1972 konnte das Ehrenmal in der heutigen Gestaltung von Georg Arfmann neu errichtet werden. Seitdem versammeln sich jährlich jeweils am ersten Sonntag im Februar viele Bremerinnen und Bremer an der Grabstelle, um der Toten zu gedenken.

An den Gedenkveranstaltungen zum 90. Jahrestag, am 1. und am 8. Februar 2009, nahmen auch viele Vertreterinnen und Vertreter von Parteien, von Verbänden, von Gewerkschaften, aber auch Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft und der Stadtteilbeiräte, hier insbesondere der Stadtteilbeiräte Gröpelingen und Walle, teil. Viel zu lange konnten Sozialdemokraten nicht begreifen, „dass von Berlin aus Truppen in Gang gesetzt wurden, um hier einen Versuch zu zerschlagen, der an sich und in der Substanz eine neue Lösung gefunden hätte“, so sprach der Altbürgermeister Hans Koschnick in seinem Redebeitrag am 1. Februar 2009 auf dem Waller Friedhof.

(Abg. Imhoff [CDU]: Da hat er sich wieder nicht schlaue gemacht!)

Er verwies darauf, dass selbst nach 1945 nicht genügend Mut vorhanden war, diese Fragen endlich neu zu behandeln. Unser Anliegen und unser Antrag geht darauf zurück, dass in den letzten 36 Jahren natürlich auch Witterungsbedingungen deutliche Spuren am Mahnmal hinterlassen haben, aber auch an der Gedenkplatte und dem Gedenkstein. Gedenkplatte und Gedenkstein konnten mittlerweile restauriert werden, das Mahnmal noch nicht. Wir bitten Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen. Es soll ein Prüfauftrag erteilt werden, um die Kosten für die Sanierung zu prüfen und bereitzustellen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will an dieser Stelle nicht auf die Geschichte der Räterepublik und des dazugehörigen Denkmals für die Gefallenen eingehen, das hat Frau Nitz in ihrem Beitrag ja schon getan.

Die historische und politische Aussage hinter diesem Denkmal ist bedeutend. Die Räterepublik war der Versuch, Utopien zu verwirklichen und Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Die radikale Art und Weise, wie dies verwirklicht wurde, scheint jedoch im Konflikt zum Modell der parlamentarischen Demokratie, wie wir sie kennen und hier praktizieren, zu stehen. Dies wurde in den darauffolgenden Jahren mit der letztlich ebenso glücklosen Weimarer Republik versucht zu etablieren. Vielen Bürgerinnen und Bürgern Bremens ist die Bremer Räterepublik heute kein Begriff mehr. Angesichts unserer stabilen, mittlerweile 60 Jahre alten Demokratie erscheinen vielen Menschen die damaligen Verhältnisse mit materieller Not und politischer Unruhe als unvorstellbar. Die Ereignisse von 1918 und 1919 liegen mittlerweile außerhalb der Erinnerung der jetzt lebenden Menschen. Umso wichtiger ist es, solche Mahnmale zu erhalten und zu pflegen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Die Selbstbestimmung der Bevölkerung, Freiheit und Gleichheit waren Ideale, nach denen wir auch heute streben. Die Räterepubliken waren aber auch Ursache für eine Jahre andauernde Spaltung der Arbeiterbewegung und Aufsplitterung der Parteienlandschaft, die in der Konsequenz den Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigt hat. Deshalb ist das Scheitern der Räterepublik auch eine Mahnung an alle Parteien, durch gegenseitigen Streit demokratiefeindlichen Kräften keinen Raum zu geben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Mit Genehmigung des Präsidenten darf ich aus der Rede unseres ehemaligen Bürgermeisters Hans Koschnick zitieren, die er im Rahmen der Gedenkveranstaltung für die Opfer gehalten hat: „Die Gefallenen des 4. Februar 1919 jedenfalls haben es verdient, dass wir ihrer ge-

denken. Sie haben ihr Leben für eine menschenwürdige Zukunft des arbeitenden Volkes gegeben.“ Dem ist von unserer Seite nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die rege Teilnahme von Bremer Bürgerinnen und Bürgern an den Gedenkveranstaltungen zeigt, dass dieser Wunsch von vielen geteilt wird. Das dazugehörige Mahnmal muss dabei in einem dem Anlass würdigen Zustand erhalten bleiben. Für einen Sozialdemokraten ist es zwar nicht ungewöhnlich, auch mit gemischten Gefühlen auf die kurze Zeit der Bremer Räterepublik zu schauen. Trotzdem sind diese drei Monate zu Anfang des letzten Jahrhunderts ein denk- und gedenkwürdiger Teil der Bremer Geschichte, dessen sich auch zukünftige Generationen erinnern sollten.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden den Antrag in die Kulturdeputation überweisen, weil wir der Auffassung sind, dass solche Anträge grundsätzlich erst in der Fachdeputation behandelt werden sollen, wir sind aber zuversichtlich, dass er dort positiv entschieden wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich an diesem Punkt keine inhaltliche Debatte über die Bremer Räterepublik führen. Herr Rohmeyer, ich glaube, dass man darüber aus heutiger Sicht sehr unterschiedlicher Auffassung sein kann.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Bisher haben wir
nur eine Auffassung gehört!)

Ich möchte darüber diskutieren, dass es in Bremen Denkmäler gibt, und dieses Denkmal gehört dazu. Ich glaube, dass die Bremer Räterepublik ein wichtiges historisches Ereignis in der Bremer Geschichte war und dass es auch zur Aufgabe einer Kommune gehört, für den Erhalt von Denkmälern zu sorgen. Ich bin der

*) Vom Redner nicht überprüft.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Meinung, das gilt auch für dieses Denkmal auf dem Waller Friedhof.

Mir ist bewusst, dass man über Denkmäler sehr kontrovers diskutieren kann. Ich erinnere nur an das Denkmal Altmannshöhe, über das es auch sehr unterschiedliche Auffassungen gibt. Ich erinnere an ein Denkmal aus meiner Heimatstadt Hamburg, das am Stephansplatz steht, ein sehr martialisches Kriegerdenkmal, mit dem die gefallenen Soldaten gefeiert werden. Das hat in Hamburg immer zu äußerst kontroversen Diskussionen geführt. Trotzdem finde ich es gut, dass Denkmäler auch durchaus zu kontroversen Debatten einladen. In diesem Fall glaube ich, dass es richtig ist, daran zu erinnern, dass dieses von Bernhard Hoetger gestaltete Denkmal auf dem Waller Friedhof an die Bremer Räterepublik erinnert und auch an die Menschen, die bei der Zerschlagung der Bremer Räterepublik ums Leben gekommen sind und ihre letzte Ruhestätte auf dem Waller Friedhof gefunden haben.

Dieses Denkmal - Frau Nitz und Herr Senkal haben schon darauf hingewiesen - wurde 1933 von den Nazis zerstört. Für uns Grüne gehört dazu, gerade weil es von den Nazis zerstört wurde, mit dem Nachfolgedenkmal sehr sorgfältig umzugehen. Da es nun in die Jahre gekommen ist und einer Restaurierung bedarf, sind wir Grüne dafür, dass man dies auch tut.

Noch einmal: Ich glaube, dass man nicht hundertprozentig sagen muss, man fand die Räterepublik toll. Wer hat da die politische Führung inne gehabt, und wer hat heute die Deutungshoheit über die geschichtliche Einordnung? Das will ich an dieser Stelle nicht bewerten. Ich möchte eigentlich eher darauf hinweisen, dass das Thema Denkmäler für eine Stadt wie Bremen ein wichtiges Thema ist, dass es ein kulturfachliches Thema ist. Deswegen finden wir es gut, wenn dieses Thema allgemein, auch in größerem Umfang behandelt wird - wie gehen wir eigentlich in Bremen mit den Denkmälern um, in welchem Zustand befinden sie sich? - und dass wir diesen Antrag der LINKEN in die Kulturdeputation überweisen und uns dort fachlich damit auseinandersetzen. Inhaltlich sind wir dafür, dass dieses Denkmal erneuert oder restauriert wird. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein weiser Vorschlag, das hier zu überweisen, denn in der Tat darf doch eines nicht passieren, Signal zu setzen, dazu würden wir Ihnen von den LINKEN nicht die Hand reichen, dass Geschichte vereinnahmt wird und in Beschlag genommen wird von einzelnen Parteien, denn die Geschichte ist eine Geschichte aller, und sie bedarf der Interpretation und auch dem Nachgehen.

Wenn ich mich an die Gespräche, die ich mit meinen Großeltern zu dem Thema hatte, erinnere, habe ich eine ganz andere Wahrnehmung als die, die Sie aus irgendwelchen Geschichtsbüchern herausgezogen haben. Ich bin nun einmal Tagenbare und konnte Menschen sprechen, die dabei gewesen sind. Meine Großtante ist damals sogar verletzt worden. Insofern ist das eine Geschichte, mit der schlichtweg so einfach nicht umgegangen werden darf. Das hat nämlich dann auch eine Folge in der Familie, wenn man darüber redet, auch wenn man die Großtante selbst nicht kennengelernt hat, nämlich eine ganz andere Sichtweise auf die Dinge und Geschehnisse. Man stellt sich am Ende die Frage: Musste es denn zu dieser militärischen Zuspitzung kommen, bei der Soldaten und Räte und Verteidiger der Räte und Soldaten, die in den Soldatenräten waren, umgekommen sind?

Da muss man sagen, es ist eine aus heutiger Sicht vollkommen unverständliche Zuspitzung. Man wünscht eigentlich, dass diejenigen, die sich in Verden am 3. Februar 1919 bemüht haben, Frieden zu stiften, wie beispielsweise die Liberalen Apelt und Spitta, Erfolg gehabt hätten, damit die Zuspitzung mit Gerstenberger und all dem Leid, das dadurch in die Stadt gekommen ist, vermieden worden wäre. Aber man muss auf der anderen Seite auch sehen, worum es ging. Am 6. November 1918 tagte die Bürgerschaft, nicht hier, das ging natürlich nicht, aber sie tagte. Sie befasste sich mit dem Thema des allgemeinen Wahlrechts und des Frauenwahlrechts. Das war die Diskussion: Machen wir eine parlamentarische Demokratie? Wie überwinden wir das, was schiefgelaufen ist? Wie überwinden wir das Kaiserreich? Dann kam das Gegenmodell und demonstrierte draußen auf dem Marktplatz und gewann.

Dort waren Leute unterwegs von der USPD, der MSPD und der KPD. Diese Leute wollten Räte und keine parlamentarische Demokratie, sie wollten einen Teil des Volkes weiter ausblenden, sie wollten Soldaten und Arbeiter repräsentiert haben und nichts anderes. Sie woll-

ten imperative Mandate, und etliche von ihnen wollten natürlich die Revolution, und etliche von ihnen wollten nichts anderes als die Diktatur des Proletariats, etwas, das wir so nicht teilen, was verständlich sein dürfte.

Insofern muss doch gesagt werden, das kann nicht einfach so stehen bleiben und von dem einen oder anderen vereinnahmt werden, sondern wir müssen uns genau überlegen, wie wir damit umgehen, wie wir der Geschichte gedenken. Deswegen ist es ein weiser Vorschlag, in der Kulturdeputation darüber zu reden, wie dieses Denkmal erhalten werden kann. Sie werden bei uns niemanden finden, der solche Denkmäler nicht erhalten will, denn sie sind Teil der Geschichte, sie gehören zu dieser Stadt, und sie erinnern an diese Stadt.

Eines werden wir aber nicht zulassen, dass Sie die Geschichte für sich nutzen, um einseitig daran zu erinnern. Sie haben es nicht einmal geschafft, eine einheitliche Gedenkfeier zu machen, weil da auch unterschiedliche Interpretationen bei den Sozialdemokraten, den Sozialisten und den Gewerkschaften vorliegen. Wenn das so ist, muss man doch feststellen, dass wir uns alle gemeinsam Gedanken machen sollten, wie die Erinnerung an die Geschichte, wie sie damals verlaufen ist, wachgehalten werden kann. Aber bitte schön nicht einseitig, wie das hier versucht wurde! - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen, die CDU-Fraktion stimmt der Überweisung in die Kulturdeputation zu. Dennoch erlauben Sie mir, dass ich einige kritische Anmerkungen zur Diskussion mache, die hier geführt worden ist! Ich bin Ihnen dankbar, Herr Dr. Buhlert, dass Sie auch auf die Problematik der Räterepublik hingewiesen haben. Herr Senkal, ich sage Ihnen, Friedrich Ebert wäre tief betroffen über das, was Sie hier positiv zu dieser Zeit gesagt haben, denn er hat hart dagegen gekämpft, und er war mit dieser Bewegung überhaupt nicht einverstanden. Er hat sie später sogar mit Waffengewalt bekämpft. Insofern, sage ich einmal, sollten Sie noch ein bisschen Geschichte studieren.

Das Denkmal zur Bremer Räterepublik wurde 1922 mit privaten Spendengeldern errichtet und später auch wiedererrichtet, teilweise auch

mit Mitteln aus Institutionen und mit viel privatem Engagement. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass auch in Zukunft Restaurierung und Erhalt des Denkmals diejenigen Institutionen veranlassen und finanzieren sollten, die sich jedes Jahr im Februar dort zu der Gedenkfeier versammeln. Das kann auch ein privat getragenes Denkmal bleiben, man muss es nicht zwanghaft mit öffentlichen Mitteln finanzieren.

Ein Beschluss zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch die Bürgerschaft fällt uns - das will ich hier deutlich sagen - sehr schwer. Warum? Die Bremer Räterepublik war eine antidemokratische Bewegung. Der Arbeiter- und Soldatenrat war nicht durch Wahlen legitimiert. Die Frage lautete damals in Deutschland insgesamt, ich zitiere aus einem Abriss zur Weimarer Republik, „ob Deutschland eine parlamentarische Demokratie oder eine kommunistische Räterediktatur nach Leninschem Vorbild werden würde“. Genau diese Frage stellte sich hier in Bremen auch. Eine andere Möglichkeit gab es damals nicht, das war in Berlin so und auch in Bremen. Es geht uns als CDU-Fraktion nicht darum, Menschen, die für ihre Ideale kämpfen, auch, wenn wir diese Ideale für falsch halten, zu diskreditieren oder zu schmähen. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass es uns schwer fällt, erklärte Feinde der Demokratie zu ehren.

(Beifall bei der CDU)

Aus unserer Sicht wäre das auch ein missverständliches Zeichen für die Jugend heute, denn was sich in Bremen zwischen November 1918 und Februar 1919 abspielte, war doch alles andere als eine demokratische Bewegung. Alfred Henke, übrigens auch ein Gegenspieler von Friedrich Ebert, hat im Konventsaal der Börse die Übernahme der Macht in Bremen durch den Arbeiter- und Soldatenrat verkündet. Senat, Bürgerschaft und Deputationen wurden zwanghaft aufgelöst! Unsere demokratisch gewählte Bürgerschaft debattiert heute über dieses Thema, und es fällt vonseiten der SPD und vonseiten der LINKEN kein kritisches Wort dazu, dass das demokratisch gewählte Gremium von diesem Arbeiter- und Soldatenrat aufgelöst wurde.

(Beifall bei der CDU)

Eine rote Fahne wurde am Rathaus aufgezogen. Eine wesentliche Forderung der radikalen Kräfte bestand in der Bewaffnung der Arbeiter, und man hat es auch getan. Eine neue Wirtschaftsordnung sollte etabliert werden, und

zwar die Diktatur des Proletariats. Dagegen kämpften natürlich Kräfte aus der freien Wirtschaft und dem Unternehmertum. In Bremen herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände, es gab Tote und Verletzte auf beiden Seiten. Das hat Frau Nitz auch gesagt. Die Wirtschaftslage war katastrophal, die Banken hatten kein Vertrauen in die neuen Machthaber und lehnten weitere Kredite ab, solange es keine gewählte Volksvertretung gibt. Das war der Zustand in Bremen, und der war alles andere als schön oder gut! Daraufhin besetzten die Arbeiter die Banken, als die die Kredite verwehrt, und auch öffentliche Gebäude. Die Bilanz am Ende: 28 Arbeiter waren gefallen, 24 Soldaten der Regierungstruppen, aber auch völlig Unbeteiligte, 18 Männer, fünf Frauen und sechs Kinder.

Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt: Das Denkmal in Walle richtet sich ausschließlich an die Vertreter des Räteystems, aber nicht an die anderen.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]:
Des Freikorps?)

Nein! Es sind Kinder und Frauen gefallen, die gar nicht unmittelbar in die Kämpfe verwickelt waren. Da frage ich mich natürlich: Wie kann es sein, dass wir als demokratisch gewähltes Gremium ausschließlich einer antidemokratischen Bewegung unsere Mittel zur Verfügung stellen?

(Beifall bei der CDU)

28 Arbeiter sind gefallen und 53 Menschen auf der anderen Seite.

(Glocke)

Ich komme zum Ende! Es geht hier um ein ernstes Thema, und da muss man auch einmal eine Minute länger reden dürfen!

Vizepräsident Ravens: Wir haben eine Redezeit vereinbart.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Ich komme auch zum Schluss und sage, dass wir eine Situation hatten, die äußerst kritisch war, und für ein demokratisch gewähltes Parlament ist es nicht so einfach, einmal eben schlank zu beschließen, dass hier Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern ich finde es richtig, dass die Deputation darüber noch einmal in Ruhe nachdenkt. Wir werden dann darüber auch hoffentlich noch einmal in diesem Gremium sprechen und diskutieren, Herr Dr. Buhlert hat es

auch getan, Frau Krusche hat mit Recht gesagt, dass man hier unterschiedlicher Meinung sein kann. Die Räterepublik war eine kritische Zeit unserer Bremer Geschichte, und das sollten wir nicht vergessen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Motschmann, am Schluss Ihrer Rede haben Sie sich wieder ein bisschen, ich würde sagen, eingefangen und sind wieder auf den Boden der Sachlichkeit zurückgekommen. Wir haben hier eine Situation, in der wir alle sagen, es ist richtig, diesen Antrag in die zuständige Deputation zu überweisen. Ich kann aber, was Sie sagen, so nicht stehen lassen.

Es ist vielleicht gerade zwei Jahre her, dass wir - es war zwar die letzte Legislaturperiode, aber Sie waren schon dabei - einen Antrag des Herrn Tittmann abgelehnt haben, der sich mit ähnlichen Argumentationen,

(Abg. Rohmeyer (CDU): Vorsicht,
Frau Ziegert!)

mit in der Tendenz ähnlichen Argumentationen dagegen ausgesprochen hat, der Räterepublik hier in Bremen noch zu gedenken. Wir sind uns damals ziemlich einig gewesen. Ich weiß, ich habe damals die Aufgabe gehabt, darauf zu antworten.

Ich glaube, wenn man der Geschichte gerecht werden will, dann kann man dies auch nur, indem man Geschichte auch aus der damaligen Situation heraus beurteilt. Dass die Räterepublik, diese Phase hier, umstritten ist, das unterliegt überhaupt keinem Zweifel, und meine Partei ist diejenige, die durch die Beurteilung und auch die Auseinandersetzungen mit dieser Phase der deutschen Geschichte am meisten zerstritten und zerrissen ist.

Wir können aber doch nicht darüber hinweggehen, dass wir sagen, es war damals eine Situation, in der Menschen, die vier Jahre Hunger, Krieg und Elend erlebt haben, am Ende dieses Krieges die Vorstellung hatten, als die Republik, als die Demokratie kam, dass sie auch eine gänzlich neue Ordnung schaffen wollten, eine Ordnung, in der eben nicht nur Demokratie war, sondern mit der Demokratie auch die Ausbeutung und Unterdrückung be-

seitigt werden sollten, die sie im Kaiserreich kennen gelernt hatten. Wir sehen, dass heute mit der Demokratie auch immer diese Wünsche und diese Hoffnungen verwirklicht werden. Die Menschen haben dann in verschiedener Weise versucht, diese Vorstellungen zu verwirklichen, und das war nicht immer der Weg der parlamentarischen Demokratie, den wir heute wählen. Ich finde aber, man muss das sehen, wenn man die Räterepublik und wenn man vor allem die Menschen, die damals dafür gekämpft haben, richtig würdigen will.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der LINKEN)

Ein Zweites will ich auch noch sagen: Sie haben zu Recht darauf verwiesen, dass in diesen Kämpfen auch Unschuldige umgekommen sind, und das nicht nur auf der Seite der Kämpfer der Räterepublik. Man muss dann aber eben auch sagen, das ist das Tragische dieser Bremer Räterepublik, und es gehört auch zur geschichtlichen Wahrheit, dass dieser Entschluss, den Friedrich Ebert gefasst hat, gegen die Räterepublik Militär aufmarschieren zu lassen, zu einem Zeitpunkt gefasst worden ist, an dem die Räte selbst letzten Endes gesehen haben, dass die Räterepublik, die Rätereherrschaft, nicht durchzusetzen war.

Sie waren damals isoliert, und sie hatten damals schon die Vorbereitungen für die Wahl zur parlamentarischen Demokratie getroffen. Insofern sind sich alle Historiker in der Beurteilung der damaligen Zeit einig, dass dieser militärische Einsatz eigentlich durch die Umstände nicht mehr gerechtfertigt gewesen ist, egal, wie man jetzt diese Räterepublik beurteilt hat. Ich finde, auch dies muss man sehen. Insofern sind in meinen Augen die Gefallenen beider Seiten tragische Opfer der politischen Umstände gewesen. Ich sage das ausdrücklich auch für die Soldaten, die auf der anderen Seite gekämpft haben, ich sage es aber nicht für ihre Führer, und man sollte bitte nicht vergessen, welche Rolle der Oberst Gerstenberg später gespielt hat, und man sollte auch nicht vergessen, dass das erste Denkmal von den Nazis geschleift worden ist. Ich denke, wenn wir heute hier über die Räterepublik reden, dann müssen wir diesen Teil der Geschichte auch mit einbeziehen und dürfen ihn nicht ausblenden, so wie Sie dies meiner Meinung getan haben, Frau Motschmann!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern, aber Frau Ziegert, meine Argumentation in die Nähe von Herrn Tittmann zu rücken, das finde ich nicht in Ordnung, und das will ich hier ausdrücklich sagen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es muss doch noch möglich sein, eine Zeit kontrovers und kritisch zu betrachten, die nun wirklich auch hoch problematisch war und auch im Rückblick problematisch bleibt. Man kann das unterschiedlich beurteilen, da sind wir die Letzten, die das nicht zugestehen, aber die Freiheit möchte ich doch in diesem Parlament noch haben, meine Meinung zu sagen, ohne in die Nähe von irgendeinem Rechtspopulisten gerückt zu werden! Das kann nicht sein!

(Beifall bei der CDU)

Auf dieses Niveau sollten wir uns auch nicht begeben, sondern sachlich bleiben - die Diskussion ist auch weithin sachlich geführt worden -, und nun wollen wir abwarten, was die Deputation für Kultur darüber befindet, und dann hier weiter diskutieren. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Emigholz.

Staatsrätin Emigholz: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir nehmen als Kulturressort gern die Aufgabe an, dieses Thema in der Kulturdeputation zu diskutieren.

Erlauben Sie mir einige Worte zu der vorangegangenen Diskussion! Die Menschen aus dem Kulturbetrieb zerlegen gern Worte, und das würde ich auch gern tun. Womit haben wir es zu tun? Mit einem Denkmal! Damit ist in der künstlerischen Bauweise die Aufgabe schon vorgegeben: Denkmal, denk einmal nach! Es geht schlussendlich darum, mit einem solchen Werk auf einen historischen Abschnitt Bremens hinzuweisen, darum geht es. Aus heutiger Sicht betrachtet, wenn wir die Entwicklung der Demokratie in den Fokus nehmen, sehen wir viele Dinge kritisch, insbesondere die Anwendung von Gewalt in politischen Konflikten,

und sie kann gar nicht kritisch genug gesehen werden, das will ich sagen.

Der ursprüngliche Kontext war aber ein anderer, dass Menschen versucht haben, sich aus einer verzweifelten Lage zu befreien und das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Dieser Versuch ist gescheitert, dieser Versuch hat viele Opfer gefordert, hat Leid verursacht, obwohl er eine andere Intention hatte, und von daher steht er auch als Mahnung für die Überlegung, den Umgang mit solchen Prozessen und für die Schlüsse, die Einzelne ziehen können, aus solchen Überlegungen neue Strukturen zu setzen. Das ist hier von allen Rednern gesagt worden.

Dass wir uns aber in einem Kontext befinden, über einen solchen Prozess nicht nachzudenken oder ihn nicht so zu behandeln, dass wir sorgfältig überlegen müssen, in welcher Weise wir ein entsprechendes Denkmal restaurieren oder möglicherweise erneuern, das steht uns nicht gut zu Gesicht. Deswegen sollten wir den Auftrag an die Deputation sehr ernst nehmen, und ich sage Ihnen, rein kunsthistorisch betrachtet ist es so, dass das Denkmal eine spezifische Aufgabe hat: Mahnung und Hinterfragungen gehören dazu, auch gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, das haben wir auch zu anderen Themen der Geschichte. Deswegen ist es für unser Haus eine Verpflichtung, auf diese Zeit hinzuweisen und auch, wenn die Parlamentarier in der Deputation die Einschätzung teilen, und ich gehe davon aus, dass das sehr breit getragen wird, dieses Denkmal selbstverständlich auch in einen neuen Stand zu setzen.

Dabei kann man im Begleitprogramm einer solchen Initiative auf die vielen zum Teil auch tragischen Facetten hinweisen. Nur, ich finde, es ist geboten, dass wir auf den historischen Kontext achten, dass mit der Brille der heutigen Zeit Dinge anders aussehen als aus der Gegenwart von damals. Man muss auch an die Not und an das Elend derer denken, die damals gedacht haben, sich in verzweifelten Lage zu wehren. Auch das gehört zur Systemkritik, denn wenn wir diejenigen betrachten, die damals an der Macht waren, können wir auch mit Fug und Recht sagen, wenn alles menschlich, human und korrekt gelaufen wäre, hätte es wohl selten solche Bewegungen gegeben.

(Beifall bei der SPD)

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das rechtfertigt die politischen Ziele aber nicht! Oder sehen Sie dadurch die politischen Ziele der Führer der Räterepublik gerechtfertigt?
Sagen Sie einmal etwas dazu!)

Ich glaube, dass diese Diskussion, die Sie hier versuchen anzustreben, völlig in die Irre führt. Ich habe auf den Blickwinkel derer verwiesen, die damals in einer anderen Form versucht haben, aus verzweifelten Lage eine Lösung zu finden. Ich habe nicht gesagt, dass ich sie teile. Ich habe lediglich darauf aufmerksam gemacht, dass die Gesellschaft gut beraten ist, über Instrumente nachzudenken, wie wir sie bewerten, und deshalb habe ich mir erlaubt, auf den kunsthistorischen Kontext des Begriffes Denkmal hinzuweisen. Ein Denkmal ist ein Mahnmal zur Erinnerung, zur Auseinandersetzung und zur Reflektion, und Reflektion über die Instrumente der Macht haben wir alle nicht nur in der Politik, sondern auch in der Gesellschaft nötig.

Meine Damen und Herren, hier geht es um die Grundlagen der Ethik, Freiheit und Verantwortung. Wie nimmt man sie im heutigen Kontext, wie nimmt man sie in der Gegenwart war? Die Reflektion von Freiheit und Verantwortung steht uns nicht nur seit der Antike an, nicht nur in christlichen Zusammenhängen, nicht nur in politischen Zusammenhängen, sondern es ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, und die haben wir zu tragen, und wer sie verniedlicht, wer sie verkleinert oder wer sie zum Statussymbol von politischer Auseinandersetzung macht, der greift fehl. Ich teile die Einschätzung, dass es eine Aufgabe der Gesamtdeputation ist, und ich glaube, wir werden dies würdig bearbeiten. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kultur beantragt worden.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/280 S zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kultur seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 19
vom 10. Februar 2009
(Drucksache 17/281 S)**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Heimweg.

(Schluss der Sitzung 16.58 Uhr)